

Non! Nee! Nö! zur EU-Verfassung

Schadenfreude über den gebückten Kanzler.

Nachrichten machen wieder Spaß. Anstatt von der politischen Klasse täglich zufriedenen und selbstgefällig irgendwelche Hiobsbotschaften verkündet zu bekommen, kann mensch sich gegenwärtig ihrer insgesamt bedrückten Stimmung erfreuen. Denn zwei ihrer größten Projekte scheinen in den letzten Wochen zu scheitern.

Während auf nationaler Ebene Rot-Grün mit ihrem Modernisierungskonzept „Agenda 2010“ in NRW eine schwere Niederlage erlitt und

seitdem krampfhaft nach Möglichkeiten der Selbstauflösung sucht, ist auf europäischer Ebene der bisher glatte Durchmarsch des Projekts „EU-Verfassung“ durch das französische „Non!“ erstmal gebremst worden, letztlich gescheitert, insofern die Verfassung der letzte Versuch war, die Brüssler Bürokratie irgendwie an eine europäische Bevölkerung rückzubinden und zu legitimieren. Die langen Gesichter Schröders und des Kommissionspräsidenten Barroso ähneln sich und Ratlosigkeit herrscht bei den europäischen Eliten, die sich nur noch ungern vor die Kameras wagen, um halbherzige Durchhalteparolen auszugeben. Einigen Politikern wurde hier durch deutsche Landtagswahlen bzw. ein französisches Referendum ihr persönliches Lebenswerk versaut, sie sind zu hoch geflogen und auf die Schnauze gefallen.

Großmachtpläne.

Beide Projekte, Rot-Grün und die EU-Verfassung, ähneln sich und auch ihr Scheitern. Die EU-Verfassung war der Versuch, einen militärischen, ökonomischen und politischen Großraum zu schaffen und zu zentralisieren, damit die Herrschaft und deren Effizienz zu intensivieren, um im globalen Maßstab nicht nur mithalten, ...Fortsetzung auf Seite 16...

„Eigentum ist Diebstahl“

Von Umsonst-Kampagnen und Pinken Punkten

„Eigentum ist Diebstahl“ (1) ist nicht nur philosophisch dahingesagt. Diese Ansicht ist auch ein Ausgangspunkt für die „Umsonst-Kampagnen“ oder auch „Aneignungsbewegungen“ der letzten

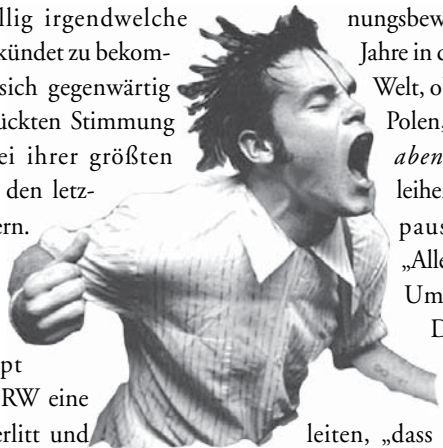
Jahre in der BRD und auf aller Welt, ob Spanien, Südafrika, Polen, Argentinien (*Feierabend!* #2). In ihr verleihen Menschen der recht pauschalen Forderung „Alles für Alle – und Zwar Umsonst“ Ausdruck.

Diese Forderung lässt sich einerseits aus der Feststellung ableiten, „dass bestimmte menschliche Bedürfnisse zum Leben dazugehören

und daher für jeden erfüllbar sein müssen.“ (2). Andererseits lässt sich festhalten, dass „es faktisch unmöglich ist, den Anteil zu bestimmen, der in der gegenwärtigen Produktion einem jeden zufallen könnte“ (3). Wer will sich anmaßen, angesichts der modernen Arbeitsteilung, die nicht zuletzt ein Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse ist, die also gerade nicht individuell zuschreibbar sind, zu berechnen, welcher Teil vom gesellschaftlich angehäuften Reichtum der/m Einzelnen zusteht?

Bei der „Umsonst-Kampagne“ geht es **nicht** um die gewalttätige Aneignung aller Güter, die mensch begehrt.

...Fortsetzung auf Seite 13...



Gut, daß es die Verwaltung gibt

Dank den Fortschritten im Bereich der Disziplinarmaßnahmen und den diversen Praktiken der sozialen Kontrolle ist es der deutschen Verwaltung endlich gelungen, einen neuen Arbeitnehmer-Typus auf dem weltweiten Markt zu etablieren: den homo buerocraticus. Dieser hochentwickelte Leistungsträger der deutschen Wirtschaft zeichnet sich durch die Ambivalenz aus, trotz seines engstirnigen Formalismus flexibel einsetzbar zu sein. Ob als Ordnungstifter, Paragraphenreiter oder Nahkampfpsychologe, der Bedarf wächst mit dem Wunsch, durch möglichst einfache Regelungen alles im Griff weniger Hände zu behalten. In diesem Zusammenhang ist auch die breitangelegte Initiative der Verwaltungsspitze zu sehen: Die Agenda 2010 war nicht nur eine Manöverübung der loyalen Beamtenschaft, um ihre Kenntnisse in Seelsorge, Rechtskommentar oder Objektschutz zu aktualisieren, sondern sollte insbesondere das Heer der Arbeitslosen an den Umgang mit Formularen und Rechtssätzen heranführen. In einem genialen Dreischritt wollte die Führungsspitze sowohl Arbeitsplätze vermitteln, die Sicherheit befestigen, als auch wirtschaftlich langfristige Interessen wahren. Leider mußte man im Zuge der Reform feststellen, daß es mit dem patriotischen Eifer und dem individuellen Verzichtsethos hierzulande doch nicht soweit her ist. Erschreckender Weise schlägt dieser sittliche Verfall bereits auf die Beamtenschaft zurück. Anfang Juni kam es in diesem Zusammenhang in Leipzig zu einem skandalösen Vorgang: Als Aktivisten eines örtlichen Wagenplatzes Gewächshäuser zur Selbstversorgung auf einem angrenzenden Grundstück errichteten, schritten die Behörden nur halbherzig ein. Betroffene berichteten, wie sich Beamte in schwerer Uniform nur träge in der Sonne rekelten, während Verantwortliche des Ordnungs- und Liegenschaftsamtes verzweifelt nach der Grundstücksgrenze suchten und sich partout nicht über die Begründung klar werden konnten, warum nun gerade (trotz Zusagen) eine solche „gärtnerische Pflege“ des Grundstücks neben der Ordnung wäre. Wenigstens wurde eine Räumung bis zum 10. Juni verfügt. Umso erschütternder war, daß sich trotz der Folgeleistung der WagenplatzbewohnerInnen, die die Pflanzen kurzentschlossen auf die nahegelegenen Betonflächen verfrachteten, kein Beamter zum Räumungstermin sehen ließ. Lediglich am darauffolgenden Montag will ein Anwohner eine Beamtin beim Photographieren auf dem Grundstück gesichtet haben. Sollte die Inkompetenz der Leipziger Beamten weiter Schule machen, ist in Zukunft mit einer drastischen Verschärfung auf den lokalen Arbeitsmärkten zu rechnen. Eine Entlassungswelle innerhalb der deutschen Beamtenschaft könnte das allgemeine Lohnniveau, das Wirtschaftswachstum ebenso wie die Innere Sicherheit und den Ruf des Exportweltmeisters Deutschland erheblich gefährden. Angesichts dieser Entwicklungen empfehlen anerkannte Experten schon jetzt eine umfangreiche Selbstversorgung. Dem ist nur zuzustimmen. (clov)

LVB bleibt sich treu

Für 1. August hat der MDV erneut eine Preiserhöhung angekündigt – und hält damit (min.) das dritte Jahr in Folge eine Tradition lebendig. Im Schnitt sollen die Preise um 3% im ländlichen, um 5% im urbanen Raum angehoben werden.

Für die 123 Millionen Fahrgäste der LVB (2004) heißt das: Einzelfahrkarten im Stadtgebiet werden 10 Cent, 4-Fahrten-Karten werden 30 Cent und Monatskarten werden um 2,10 Euro teurer.

Der Verbund öffentlicher Verkehrsunternehmen verweist zur Begründung auf sinkende Zuschüsse aus Bundes- und Landeshaushalten und auf Kraftstoffkosten, die jährlich um durchschnittlich acht Prozent steigen. Dadurch entsteht, nach Angaben des MDV im gesamten Verbund ein Defizit von 6-7 Mio. Euro.

Die Portokasse reicht anscheinend aber noch hin, um im Nachgang des 1. Mai Plakate des vergangenen Jahres rauszukramen, mit denen Vandalismus als Tat armer Irre individualisiert wird. Freilich gibt es auch andere Vorgehensweisen, den Alltag zu durchbrechen (siehe Seiten 1/13). Und eines Tages führt die Subversion des Fahrscheins dazu, dass man sich die 800.000 Euro für Ticket-Automaten einfach spart. A.E.

Allen plötzlich hereinbrechenden technischen Widrigkeiten zum Trotz hat es der neue *Feierabend!* auf die Straße geschafft. Diesmal gibt es sogar im Artikel „Der Irak nach 25 Jahren Besatzung“ (S. 21) nicht nur billig-aus-google-gezogene Bildchen, sondern Fotos von einem Vor-Ort-Fotografen. An dieser Stelle: Danke!

Auf unser Preisrätsel aus der letzten Ausgabe, in dem wir nach Verkaufsstellen der *National-Zeitung* fragten, haben wir leider nur eine Antwort erhalten. Positiv gedeutet, könnten wir freudig meinen, diese Stadt sei fast frei von solchen Publikationen; realistisch...na ja. Dann doch lieber an die guten Dinge des Lebens denken: nach vier Wochen Urlaub, wird die #19 Anfang September die Druckerschwärze erblicken.

Also haltet nochmal Ausschau, nach rechten Zeitungen, und macht und lest auch ansonsten weiter *Feierabend!* Eure Redax

Warnstreik der Lehrkräfte

In der Geschichte hat es, so u.a. das Museum für bildende Künste Leipzig, über Jahrhunderte hinweg enge Beziehungen zwischen Frankreich und Sachsen gegeben. Auf diese Tradition scheint sich die CDU-SPD-Koalition besonnen zu haben und will sich wohl vom „gouvernement de combat“, von der „kämpferischen Regierung“ des inzwischen abgesetzten Premiers Raffarin 'ne Scheibe abschneiden.

So lassen es zumindest die Ausmaße des Angriffs vermuten, den der sächsische Kultusminister Flath auf die Arbeitsbedingungen der LehrerInnen und der SchülerInnen unternahm. Daraufhin kam es im Mai an sächsischen Schulen zu einer der größten Streikbewegungen der letzten Jahre in dieser Region.

Derzeit unterrichten 18.000 LehrerInnen an den weiterführenden Schulen des Landes. Bis 2009 sollen 4.700 dieser Stellen abgebaut werden. Die Arbeitgeberseite stützt sich dabei auf Prognosen des Statistischen Landesamtes über den Schülerrückgang der kommenden Jahre, der bei 24 Prozent liegen soll. Um Entlassungen zu vermeiden, schlug das Ministerium eine Teilzeitregelung vor, die eine Absenkung von Arbeit und Gehalt auf 62 bzw. 73 Prozent vorsah. Sollten sich die Tarifpartner nicht einverstanden zeigen, drohte das Ministerium (mit Rückendeckung von Ministerpräsident

Milbradt) mit Änderungskündigungen. Daneben sollen mehr als 82 Schulen – betriebsbedingt – geschlossen werden.

Unter diesen Vorzeichen sahen sich GEW im DGB und VBE/SLV im DBB(1) am 13. Mai gezwungen, einen Warnstreik auszurufen – die



Verhandlungen waren ja nur vertagt. So kam es am 17.5. (mit Schwerpunkt in Dresden) an fast 20 Schulen zum dritten Ausstand des Lehrpersonals in 15 Jahren: die ersten drei Schulstunden fielen aus. In Sachsen ist ein Lehrerstreik rechtlich abgesichert, weil allein ein bedeutender Teil der Schulleiter verbeamtet ist. Am Folgetag wurde die Aktion ausgeweitet (3.000 Streikende an 80 Schulen). Allein in Leipzig beteiligen sich, der GEW zufolge, 2.000 Lehrende aller 60 Schulen – allerdings kommen nur etwa 700 KollegInnen, und einige Dutzend SchülerInnen, am 18. Mai bei der Streikkundgebung im Stadtzentrum zusammen. In kurzen Schlaglichtern zeichnet sich ein verheerendes Bild der hiesigen Gewerk-

Atommülltransport via Straße von Dresden nach Ahaus

Am Morgen des 14. 6. rollten die letzten LKWs des bisher größten Castor-Straßen-Transportes der BRD durch ein Hintertürchen in das Zwischenlager von Ahaus. Nach 3 Transporten, 14 Tagen und ca. 3000 km Straße war das Großaufgebot der Polizei sicher froh darüber, daß der stetig zunehmende Widerstand endlich vorbei war. Obwohl die versammelten Ordnungsbehörden strategisch weit überlegen waren, gelang es AktivistInnen-Gruppen immer wieder, den Castor-Transport durch friedliche Sitzblockaden zum Halten zu bringen. Dabei waren gerade das dezentrale Auftreten und die länderübergreifende Vernetzung bemerkenswert. Das Engagement und die persönliche Einsatzbereitschaft der AtomkraftgegnerInnen ist umso erstaunlicher, bedenkt man die massive Ignoranz und Kriminalisierung, mit der die Anti-Atom-Bewegung konfrontiert ist. Dabei gibt ihnen das weltweite Klima der Atomkraftbefürwortung und die friedliche Militanz der Protestes doppelt recht. Anstatt eine Politik des schnellen, kalten Entzugs voranzutreiben, fühlen sich viele PolitikerInnen mit dem Thema offensichtlich überfordert und knicken letztlich immer wieder vor den Interessen der Atomkraft-Lobby ein. Bei der Abwahl der Bundesregierung ist auch in der BRD wieder mit einem Pro-Atomkraft-Konsens zu rechnen. Derzeit sind zwar keine Neubauten geplant, aber der Export läuft munter weiter, ebenso wie die betriebenen Reaktoren, für die die christlich-liberale Koalition schon angekündigt hat, daß ihre genehmigten Laufzeiten voll ausgereizt werden. Was unverständlich bleibt, ist die Augenschwermerei, die viele weltweit um die Risiken der atomaren Stromerzeugung und die katastrophalen Probleme der Abfallentsorgung betreiben. Nur wenn Aufklärung, Widerstand und Kampf gegen die Atomindustrie endlich die allgemeine Ignoranz, Unwissenheit und Ohnmacht ablösen, hat eine atomkraftfreie Welt eine reale Chance. Und diese einzurichten, ist die Verantwortung, die jede/r Einzelne für alle zukünftigen Generationen trägt, ob nun gewollt oder nicht. Nachhaltigkeit kann deshalb nur heißen, die unsinnige und höchst gefährliche Kernspaltung schnellstmöglich abzuwickeln. Wehrt Euch und organisiert den Widerstand, eine bessere Welt ist möglich, setzt sie ins Werk! (clov)

schaftsbewegung ab: zum einen verweigert die nahe gelegende Uni-Bibliothek den Streikenden einen Stromanschluss, und begründet dies mit „Loyalität zum Ministerium“; zum anderen sind die Redebeiträge zwar teils sehr kämpferisch – in dem Sinne, zur Not „nicht nur drei Stunden, sondern drei Tage, drei Wochen, drei Monate [zu] streiken“ – sie schlagen sich aber nicht auf die Stimmung nieder: die Kundgebung dauerte nicht etwa länger, sondern nur halb so lang wie angekündigt, nämlich etwa 30 Minuten. Auch die restliche Woche tourt der Warnstreik durch Sachsen, wobei etwa 500 Chemnitzer LehrerInnen von 50 SchülerInnen unterstützt werden. Die Presse raunt zwischenzeitlich von einer ersten Koalitionskrise, während in den Schulen „die Kompetenz des Kultusministeriums [...] ernsthaft in Frage gestellt“ werde – eine Einigung im Tarifstreit wird erst für Anfang Juli erwartet. Die Zeichen stehen auf Sturm: die GEW-Landesvorsitzende Gerold erklärt „Der Unmut in den Lehrerzimmern ist zum Zorn gewachsen.“ Doch in ihrer Drohung einer „vollen Konfrontation“ offenbart sich das korporatistisch-institutionelle Modell der „Bonner Republik“, wenn sie damit „jahrelange Auseinandersetzungen um die Rechtmäßigkeit von Kündigungen“ meint.

Vor dem Einstieg in die 7. Verhandlungsrunde am 25. Mai wollten GEW, VBE und SLV aber noch einmal Stärke demonstrieren und riefen für den Vortag 25.000

Lehrende, also auch die der Grundschulen, zu einem ganztägigen Ausstand auf – an diesem branchenweiten Generalstreik, der auch der bisher letzte Aktionstag der Gewerkschaften gewesen sein sollte, beteiligten sich 19.000 LehrerInnen. Zu der Leipziger Kundgebung vorm „Volks- haus“ fanden sich an diesem Tag bis zu 3.000 TeilnehmerInnen ein – der Schüleranteil hatte sich im Vergleich zum 18.5. deutlich erhöht. Über Stunden blockierten sie die Straße und diskutierten in kleineren Gruppen, was die Kollektivwahrnehmung sowohl der Lehrer als auch der Schüler gewiss gestärkt hat, wenn auch niemand wirklich zuversichtlich war. In Chemnitz sollen es 4.000, in Dresden 3.000 Demonstranten gewesen sein.

Grundschulen beteiligten sich nur zu 25 Prozent. Warum? Weil sie schon seit mehreren Jahren auf 57 Prozent Teilzeit gesetzt sind, und die GEW das mittrug und also auch durchsetzte. Ebenso wird es sich mit der Einigung verhalten, die am 31. Mai offiziell bekannt gegeben wurde: Arbeitszeitreduzierung auf 85 Prozent im kommenden und 77 Prozent in den drei folgenden sowie 79 im letzten Schuljahr und entsprechende Kürzung des Gehalts sowie des Weihnachtsgeldes; Neueinstellung von jährlich 80 bzw. 50 Lehrkräften im Mittelschul- bzw. Gymnasialbereich; Kündigungsschutz bis zum Auslaufen des fünfjährigen Tarifvertrags am 31. Juli 2010. Für die GrundschullehrerInnen wird die Mindestarbeitszeit im Vertragszeitraum um 14 Prozent auf 20 Unter-

richtsstunden angehoben. Die Rhetorik der GEW à la „das maximal Mögliche, freut euch“, die nun in Mitgliederversammlungen vor der Urabstimmung grassieren wird, erstickt geradezu jegliche Hoffnung und/auf Initiative heute, so wie es die im Tarifvertrag vorgesehene zweijährige Sondierungsphase für die Zukunft tut.

In die gleiche Richtung führen auch „moralisch-ethische Fragen“ über die Betreuung und Beaufsichtigung der Kinder – gerade diesen Aspekt aber hebt die OECD als besonders wirksam hervor: „Der Streik der Lehrkräfte ist als solcher für die Regierung keine Bedrohung. Er ist aber, wie bereits festgestellt, indirekt gefährlich, da er die Jugendlichen befreit und diese demonstrieren können. Diese Streiks können sich also zu Kraftproben entwickeln, die schwierig zu handhaben sind.“²

Wenn es auch „nur“ ein Warnstreik war, so war die Streikerfahrung doch für viele LehrerInnen – oder gar für ganze Einrichtungen! – ein absolutes Novum. Von daher ist es nachvollziehbar, dass die empfindlichen Punkte, nämlich Betreuung und Prüfungen, unangetastet blieben – letztere wurden selbst 2003 in Frankreich nicht berührt. A.E.

1) Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW); Verband Bildung und Erziehung (VBE) und Sächsischer Lehrerverband (SLV); Deutscher Beamtenbund, DBB

2) Aus: Centre de Développement (Hg.): Cahier de politique économique N° 13 - La faisabilité politique de l'ajustement. Dt.: Wirtschaftspolitisches Heft Nr.13 – Die politische Machbarkeit der Anpassung, November 2003. Eigene Übersetzung.

Feierabend! ist ein unkommerzielles Zeitungsprojekt mit dem Ziel der Verbreitung libertärer, antiautoritärer & emanzipatorischer Ideen, der Darstellung von Sachverhalten, die in der kommerziellen Presse oft unzureichend, verzerrt oder gar nicht erwähnt werden, sowie der Beleuchtung von Themen, die uns interessant und wichtig erscheinen. Der Verkaufspreis von derzeit einem Euro dient einzig dem Begleichen der Kosten zur Erstellung des Heftes. Alle inhaltlich an der Erstellung des Heftes Beteiligten arbeiten als ÜberzeugungstäterInnen ohne Bezahlung.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist *Feierabend!* solange Eigentum des Absenders bis er der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist er dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

15. - 24. 07. Leipzig
Hörspielsommer

www.hoerspielsommer.de

24. - 26.06.

Faetzig-Camp - NoNazis

An der Staumauer 3 / 02906 Sproitz

<http://eu.d-a-s-h.org>

01.07, 22 Uhr Augustusplatz /Leipzig

Finale des Kurzfilmfestivals

„replay: Resist!“

Events

Arbeitsrechtsgymnastik

Wir sind so wehrlos wie wir passiv sind. Diese schlichte Wahrheit bestätigte sich für die FAU Leipzig im Konflikt mit der Kneipe Lembas (siehe *Feierabend!* #17) und soll nun ein weiteres Mal überprüft werden.

Diesmal geht es um die Firma Saturn und deren Geschäftspraktiken. Das Prinzip „hire and fire“ scheint sich hier durchgesetzt zu haben: Für die Neueröffnung am 4.6. suchte Saturn u.a. über die Jobvermittlung des Studentenwerks Aushilfskräfte zum Eintüten an der Kasse – für gut 8 Euro pro Stunde. Ein verlockendes Angebot für jeden Studierenden.

Problematisch wurde es, als Hilfskräften, die bereits einen Vertrag erhalten hatten, teilweise erst kurz vor Arbeitsbeginn mitgeteilt wurde, sie könnten zu Hause bleiben, da es keine Arbeit gäbe. Doch damit geht die Sache erst richtig los, solche Praktiken muß sich niemand gefallen lassen.

Denn die Saturn-Verwaltung hat hier einige Fehler gemacht: ein schriftlicher und befristeter Arbeitsvertrag, wie in diesem Falle, ist nicht so einfach zu kündigen, wie sich die Personalchefin das vorgestellt haben mag. Die betreffende Person war, wie vorgesehen, erschienen (natürlich mit Zeuge) und hatte ihre Arbeitskraft angeboten – ob es da auch was zu arbeiten gibt, liegt als „wirtschaftliches Risiko“ beim Unternehmen, damit lässt sich keine Kündigung rechtfertigen.

Der Gang zum Arbeitsgericht steht, jedem abhängig Beschäftigtem gleich welcher Staatsangehörigkeit, offen, birgt in diesem Falle allerdings die Gefahr, wegen Nichtigkeit des Streitwerts (80 EUR) abgeschmettert zu werden. Bevor das aber geschieht, treten für Saturn die ersten Kosten auf, die den Streitwert weit übersteigen – auf unserer Seite werden sie per Beratungsschein gedeckt (1).

Wenn die kurze Beschäftigungsdauer dem Rechtsanspruch also formal keinen Abbruch tut, dauert seine Durchsetzung doch erheblich. Solidarität und direkte Aktion wirken zumeist schneller als der Gang zum Arbeitsgericht, und kommen so auch dem Charakter der „Beschäftigung“ recht nahe.

Wie die Sache ausgeht, erfahrt ihr in

Leipzig im Höhenflug

Nachdem im November 2004 bekannt gegeben wurde, dass das DHL-Kontinentaldrehkreuz in der Leipziger Region gebaut werden soll (siehe *Feierabend!* #16), mussten nur noch einige Hürden genommen werden. So geschehen am 20. Mai 2005, als das Bundesverwaltungsgericht Anträge auf Baustop von AnwohnerInnen des Flughafens ablehnte. Die Erweiterung der Landebahnen wird bereits vorbereitet, und im Januar 2006 sollen schließlich die Arbeiten für das Verteilzentrum und diverse Hangars beginnen.

Noch vor dem Gerichtsentscheid ließen sich Stadt und Wirtschaft die „riesigen Potentiale“ und „guten Chancen“ wissenschaftlich untermauern. Die Studie zu „Struktur und Entwicklungsperspektiven der Logistik in Leipzig und in der Region Mitteldeutschland“ kostete mit 15.000 Euro zwar nur halb soviel wie das neue Logo der Arbeitsagentur. Doch scheint das 31seitige Papier des „international renommierten Logistik-Experten“ Prof. Jünemann v.a. die Zukunftsmusik der Auftraggeber zu spielen. Runde Zahlen machen sich da immer gut: binnen 10 Jahren könnten in der Region 100.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Was sich in der LVZ wie eine Null zuviel las – immerhin hatte man dort das Ausmaß der 1.-Mai-Demo auch mit 8.000 angegeben – meint der Experte durchaus ernst, wenn auch durch die DHL-Ansiedlung direkt und indirekt nur 10.000 Jobs entstehen sollen. Freilich müsste sich da noch einiges tun, so sehe etwa die Subventionslandschaft noch zu karg aus. Außerdem wird per Expertise empfohlen, eine public-private GmbH zu gründen, zur „gezielten Vermarktung Mitteldeutschlands als Logistikregion“.

Zumindest im „Entwicklungskern“ Leipzig scheint dieses Vorhaben geglückt: Die Zahl der eingegangenen Bewerbungen hat sich seit Anfang des Jahres auf 18.000 verdoppelt. Werden sich diese wachstumsökonomischen Blüenträume bald als Ikarus-Phantasien erweisen? A.E.

der nächsten Ausgabe... hannah

1) In der ersten Instanz ist anwaltliche Vertretung nicht zwingend, das kann man selbst oder ein/e GenossIn übernehmen.

Karneval der Demokraten

Man spricht von Krise und Instabilität, man verspricht sich Aufbruch, Aufbau und Abbau, besonders im Osten, den Abbau der Arbeitslosigkeit. Und einige versprechen sich auch Aufwind in der „politischen Auseinandersetzung um den Einzug in den nächsten Bundestag,“¹ wie es in einer von Leipziger PDS- und WASG-Vorstandsmitgliedern unterzeichneten Erklärung vom 1. Juni 2005 heißt.

Die Neo-Sozialdemokraten unterschiedlicher Provenienz „sind bereit dazu“ als „wählbare Alternative“ aufzutreten, bzw. sich von Oskar und Gregor vorführen zu lassen. Dabei bedient sich die Leipziger Führungsriege tatsächlich althergebrachter rhetorischer Figuren, die wir schon in geschichtlichen Abrissen der Sozialdemokratie behandelten (vgl. *Feierabend!* #14, „Sackgasse Sozialdemokratie!“ S. 9): „Die Mandate im Bundestag sind politisch wichtig, um ... eine parlamentarische Stimme zu geben.“

Das ist Karneval der Demokraten: sie treten auf mit der Forderung, „die Politik des Sozialabbaus muss gestoppt werden“. Sie enden aber dabei, den Unmut nicht wirksam werden zu lassen, sondern nur noch auszudrücken, zu formulieren: ihm eben auf der Tribüne des Parlaments eine „Stimme zu geben“.

Eine solch laxe Haltung entspricht nicht „dem Ernst der Lage“, in der der Sozialstaat umgebaut wird – also die Rechte der ArbeiterInnen reduziert, und die Kontroll- und Disziplinarfunktionen der amtlichen Betreuung ausgeweitet werden. Hier gilt es, Sand in die Staatsmaschine zu streuen, Konflikte und Brüche hervorzukehren und selbst die Initiative zu ergreifen.

A.E.

1) Auch alle weiteren Zitate sind dieser Erklärung entnommen.

Out now!



**Grave Concern ★ Billy Bragg
Brixton Cats ★ Tolcha
The Wobblies ★ Fred Alpi
Rio Reiser ★ B&K ★ Sin Dios
Rupert's Kitchen ★ Sab Cats
Chumbawamba ★ Freygang
General Strike ★ Utah Phillips
B&K vs. Rotoskop ★ Kirk Kelly
Brigada Flores Magon
Attila The Stockbroker
The Joseph Boys ★ Ya Basta!**

Gibts hier: www.fau.org/fau-mar



Wenn mensch den Schienen der LVB Richtung Plagwitz folgt, die Karl-Heine-Straße bis zum alten Bahnhof hoch läuft und dann in einem kühnen Schwenk auf das Gelände eines Schrotthändlers mit offensichtlich guten Kontakten zum Gerichtsvollzieher biegt, dann steht mensch direkt vor zwei lang gezogenen Zollschuppen, die nur dem ungeübten Auge verlassen anmuten. Zweifelsfrei wegen der komplexen Eigentumlage und dem hohen Sanierungsaufwand wartet diese Bahnbrache auf wahlweise Steuerabschreibung oder Abriß. Und doch verbirgt sich hinter dieser schnöden Fassade einiges Leben. Eine kleine Werkstatt und ein schmaler Strom Gäste. Derzeit verhandeln Aktive des Feinkost-Geländes und einige andere lose wegen einer Nutzungsübernahme. Die Hürden sind zahlreich und der Ausgang noch offen ... Auf dem hinteren Teil dieses Geländes schlug nun das CULDT-Camp 2005 vom 30. April bis 8. Mai seine Zelte auf. Zwar wurde der für sich tote Raum nicht einfach angeeignet, wie einige Überlegungen anregten, aber dann waren alle doch froh, als nach vielen Unwägbarkeiten ein Nutzungsvertrag für die Camp-Woche vorlag. Der war nämlich bis fast ganz zuletzt vakant gewesen, und um alternative Örtlichkeiten hatte sich die Vorbereitungsgruppe nur sporadisch gekümmert. Letztlich hatten alle zusammen den ungeheuren Aufwand unterschätzt, den die Selbstorganisation des Camps, inhaltlich und logistisch, für jeden und jede Einzelne bedeutete, und ein Plan B war wegen der allgemeinen Beanspruchung gar nicht erst eronnen worden. Aber die unsichere Lage bezüglich des Geländes war nicht die einzige Belastungsprobe, die das Grüppchen in der Vorbereitungsphase bedrückte. Viele hatten sich vor allen Dingen die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Projekten in Leipzig anders vorgestellt. Aber außer einigen Plenabesuchen von Seiten der Vorbereitungsgruppe war meistens nicht viel mehr herausgekommen. Es wurde im Nachhinein besonders

das Klima der Ignoranz gegenüber der CULDT-CAMP-Initiative beklagt – ein Gefühl der Abwesenheit von Solidarität, was wohl nicht nur an der Haltung der Projekte gelegen hatte, sondern auch an einigen Vermittlungsproblemen, wie hinterher eingestanden wurde. Erschwerend hinzu kamen Differenzen zum Organisationsteam des Camps 2004, das via schriftlicher Erklärung eine Stellungnahme zur Duldung des Traumschulprojektes erzwingen wollte und sich schließlich gänzlich von dem Camp in Leipzig distanzierte (1). Ein weiterer Ernstfall war die Auseinandersetzung mit dem Packpapier-Verlag. Nachdem die Vorbereitungsgruppe von einem vorgeschlagenen Vortrag Hermann Kropps Abstand nahm und das mit inhaltlichen Differenzen und Kritik an der verschwörungstheoretischen Weltsicht Kropps begründete, fühlte dieser sich darin nur bestärkt und vor den Kopf gestoßen, antwortete mit wilden Beschuldigungen und Verdrehungen. Mit diesem Zustand war keiner der InitiatorInnen zufrieden, eine inhaltliche Auseinandersetzung wird derzeit über den Postverkehr angestrengt. Unabhängig von solchen aufreibenden Konfrontationen war die Mobilisierung in Leipzig selbst eher oberflächlich geblieben und so kam wirkungsvolle Unterstützung nur aus dem Wohnprojekt „Similde“, den Wagenplätzen und der Gieszerstraße 16, ohne die das Camp wohl auch ernsthaft gefährdet gewesen wäre. Obwohl oder gerade weil das Hauptaugenmerk auf der bundesweiten Mobilisierung gelegen hatte, konnte keiner die Enttäuschung verbergen, als am Startwochenende klar wurde, daß nur vereinzelt Leute aus Berlin, Hamburg, München, Dresden oder auch Osnabrück und Marburg den Weg nach Leipzig und zum CULDT-CAMP fanden. Dabei bot die ausgestreckte Halle des Zollschuppens, das anschließende Gelände und die aufgebaute Infrastruktur Platz für hunderte Camp-Willige. Dementsprechend war auch die Stimmung bis auf die Abende etwas surreal.

Mensch konnte über das riesige Gelände streunen und traf nur vereinzelt auf kleine Grüppchen und andere Einsame, die sich mit der gleichen Idee herumtrieben.

Trotz dieser grassierenden Ferienlagerstimmung, die das Camp nie ganz los wurde, gab es doch auch einige beachtliche Bestrebungen, die politische Bildung in Theorie und Praxis zu vertiefen, und die angereisten AktivistInnen intensiver miteinander zu vernetzen. Dazu gehörten u.a. Seminare zu linker Theorie & Praxis, Erziehungskritik, Gesellschaftskritik, Anarchismus und Antisemitismus, zu Liebe, Sex und Geschlechterkonstruktionen, Vorträge etwa zum G8-Gipfel, Berichte von vergangenen Aktionen, diverse Workshops, Filmvorführungen und letztlich auch die Beteiligung an den beiden Demonstrationen am 01. Mai und 08.05 (GSO). In den Nächten wurde selbstverständlich auch eine Menge gefeiert und gejamt, zum Bergfest eine der berühmtesten K-60-Parties veranstaltet. Als am Ende der Woche die Abreise ins Haus stand, war so kaum noch Luft, den Abschluß des Camps gebührend zu begießen.

Stark beklagt wurde, daß durch die logistische und organisatorische Beanspruchung für die meisten aus der Vorbereitungsgruppe kaum Zeit blieb, sich an den verschiedenen Workshops und Seminaren mit freiem Kopf zu beteiligen. Ein Umstand, der bei einer zukünftigen Organisation von derartigen Camps aber auch allgemein unbedingt reflektiert werden sollte. Schließlich steht der Status einer selbstorganisierten Initiative grundsätzlich in Zweifel, wenn es nicht gelingt, die Lücke zwischen Vorbereitungsgruppe und TeilnehmerInnen zu schließen und die Vorbereitungsgruppe auf der Position des Veranstalters verbleibt, die TeilnehmerInnen letztlich nur anspruchsvolle KonsumentInnen sind. Hier besteht eine Menge an Nachholbedarf und weder Regelwahn noch Plena-Feindlichkeit sind besonders konstruktiv, wenn es darum geht, sich

Fortsetzung auf Seite 6...

Kein Status - Hilfe zu spät

Der 26-jähriger Iraner, Mojtaba, dessen Asylantrag abgelehnt wurde und der nun unter dem Status „geduldet“ (1) in Leipzig lebt, liegt jetzt ohne Herz – künstlich von einer Maschine am Leben erhalten – im Herzklinikum zu Leipzig. Er ist einer der vielen Asylanten, die aufgrund ihrer schlechten finanziellen Lage und des Fehlens einer Arbeitserlaubnis gezwungen sind, für wenige Euro (15 bis 20) jede Nacht von 3 bis 9 Uhr *Bild* zu verkaufen.

Aufgrund dieser Tätigkeit, die er bei jedem Wetter ausführen musste, war er regelmässig erkältet. Vor ein paar Wochen wandte er sich wegen einer starken Hals- und Rachenentzündung an einen Allgemeinarzt und bekam ein paar Medikamente. Nach ungefähr zehn Tagen, nachdem er ein starkes Schwächegefühl verspürt und sich ständig hatte übergeben müssen, wurde er für zwei Wochen ins Bettenhaus der Uni-Klinik eingewiesen. Während dieses Aufenthalts konnte er nichts essen und wurde künstlich ernährt. Nach 14 Tagen wurde er, obwohl er immer noch sehr schwach war und sich nur von

Suppen ernähren konnte, entlassen. Die Ärzte waren der Auffassung, dass er sich ab jetzt zuhause erholen sollte.

Nach ein paar Tagen brachten ihn seine Freunde zum Allgemeinarzt und baten darum, Mojtaba wieder einzuweisen, da er sogar Flüssigkeiten nicht bei sich behielt und schwer atmen konnte. Das wurde jedoch nicht akzeptiert und ihm empfohlen, nach Hause zu gehen, die Medikamente weiterzunehmen, sich auszuruhen und nach einer Woche wiederzukommen. Nachdem er und seine Freunde dagegen protestierten, wurde er doch eingewiesen.

Die Ärzte untersuchten lediglich sein Blut und verschrieben ihm Medikamente gegen die Entzündungen, die sich mittlerweile in seinem ganzen Körper ausgebreitet hatten. Sie versäumten es aber, sein Herz zu untersuchen, obwohl er über Brustschmerzen und starke Atemnot klagte. Als die verordneten Medikamente nicht anschlügen und seine Lage immer akuter wurde, mussten sie feststellen, dass auch sein Herz von der Entzündung stark betroffen war und schickten ihn in die Notfallaufnahme des Uniklinikums.

Dort fiel er ins Koma und kam auf die Intensivstation. Man stellte fest, dass sein Herz operiert werden musste. Trotz der kritischen gesundheitlichen Lage wurde er erst nach 6 Tagen ins Herzklinikum überwiesen. Erst als Mojtaba fast im Sterben lag, entschieden sich die Ärzte ihn zu operieren und sein Herz zu entfernen.

Seitdem wartet Mojtaba auf ein neues Spenderherz. Doch seine Chancen stehen schlecht, denn Spenderherzen sind rar und teuer. Erst recht für geduldete ausländische Sozialhilfeempfänger.

Seine Eltern im Iran versuchen jetzt ein Visum für die Einreise nach Deutschland zu bekommen, um ihren Sohn vielleicht ein letztes Mal sehen zu können.

Die Informationen stammen von Freunden Mojtabas. Es sei betont, dass die Ärzte Mojtabas Aussagen als Übertreibung aufgefasst und erst gehandelt haben, nachdem die Kostenfrage mit entsprechenden Ämtern geklärt war.

(AM)

(1) Eine Duldung wird erteilt, wenn der Asylantrag abgelehnt wird. Damit hat man Anspruch auf monatlich 20 EUR Taschengeld und einen Wohnheimplatz, hat aber keine Arbeitserlaubnis, ist nicht krankenversichert und unterliegt der Residenzpflicht, was ein „normales“ Leben sehr erschwert.

Fortsetzung CULDT-CAMP 2005 L.E. von Seite 5

gemeinsam zu organisieren und ein Treffen wie das CULDT-CAMP erfolgreich zu gestalten. Organisierung heißt schließlich, sich die Mittel an die Hand zu nehmen, um unter Berücksichtigung der individuellen Gestaltungs- und Partizipationsbedürfnisse gemeinsame Ziele zu stecken, zu verfolgen und wenn möglich auch zu erreichen. Verantwortungsübernahme und -verteilung ist hierbei ebenso nötig und wichtig, wie gemeinsamer Interessensausgleich und flache, einsehbare Strukturen. Allein der triviale Fakt, daß die verschiedenen Workshops und Seminare im Vorfeld terminlich schlecht abgesprochen und nicht veröffentlicht waren, hat den Zulauf und letztlich auch die Partizipationsmöglichkeiten etwaiger BesucherInnen enorm behindert.

So hat der Anspruch der Vorbereitung und die damit verbundene, riesige Kraftanstrengung am Ende doch viele enttäuschte

Erwartungen zurückgelassen. Bedingt durch die internen Organisationsdefizite, durch die mangelnde Solidarität von außen und der weitestgehend ins Leere gelaufenen Mobilisierung konnten innerhalb der Campwoche keine größeren Aktionen geplant und umgesetzt werden, da war auch ein kurzer Rathausbesuch und Smalltalk mit Arbeits- und Wirtschaftsminister Clement keine Initialzündung. Dementsprechend war die ausgeglichene Kasse am Ende nur ein kleines Trostpflaster und rechtfertigte den minimalen Unkostenbeitrag von 2 Euro (täglich auf Spendenbasis) im Nachhinein.

Erfahrungen dagegen wurden individuell und kollektiv im großen Umfang gesammelt und sollen noch in einem Reader gebündelt der nächsten Vorbereitungsgruppe übergeben werden. Auf der eingerichteten Homepage (www.culdt.de.vu) kann mensch sich derweil an einer

kontinuierlichen Fortschreibung der CULDT-CAMP-Initiative beteiligen. Ein Open-Source-Forum bietet Raum für Diskussionen, Anregungen und Kritik. Geplant ist das nächste Camp vorläufig für den Sommer 2006 in Berlin (Kesselberg). Allerdings wird bis dahin noch einiges an Aufarbeitung und Vorbereitung nötig sein und ganz sicher wird in Berlin jetzt schon auf jeden helfenden Arm gehofft. Also, Augen auf und angepackt, so sicher wie der Sommer die Sonne bringt, so sicher entstehen selbstorganisierte Camps mit politischem Anspruch nicht von selbst.

(clov)

(1) Beim CULDT-CAMP 2004 wurde das Trauschulprojekt mit der Begründung ausgeschlossen, Pädophilie einen „argumentativen Raum“ zu bieten. Nach einer fruchtbaren und konstruktiven Auseinandersetzung mit den Aktiven, konnte dieser Vorwurf aus der Perspektive der Vorbereitungsgruppe 2005 nicht erhärtet werden.

Vorbei der Mai „Auge um Auge macht alle blind“

Aber was war da eigentlich los am ersten Sonntag in der vermeintlichen „Krawallhauptstadt“?

2500 z.T. gewaltbereite PolizistInnen gingen schikanös gegen 4000 AntifaschistInnen vor, um einem kleinen Wanderzirkus von offiziell geschätzten 800 Nazis einen 6h kurzen Spaziergang von 500 Metern zu ermöglichen.

Menschen gegen Faschismus

Unausgeschlafen, aber z.T. gestärkt durch einen dynamischen linken Block (bis zu 800 Teilnehmende) auf der traditionellen 1.Mai-Demo hatten sich Tausende ab um 12 am Hauptbahnhof eingefunden, den Nazis keinen Fußbreit zu lassen. Wer Erfahrungen hat mit dem „normalen“ Ablauf einer „notwendig“ brutalen Räumungsaktion, kann vielleicht auch nachvollziehen, wenn irgendwer dem nach 3h zuvorkommen wollte. Die „Reaktion“ der Polizei auf die ersten Flaschenwürfe ist jedoch durch nichts zu rechtfertigen: Die Blockade am Bahnhof wurde binnen Sekunden mit Tränengasgranaten und prügelnden Hundertschaften in panische Flucht verwandelt. Am Augustusplatz waren es die Entschlossenen, die dann die entscheidende Straßenseite blockierten. Die angemeldete Sitzblockade der selbsternannten Friedlichen löste sich hingegen freiwillig auf, nachdem sie dazu aufgefordert wurden. Nur Gesicht zeigen reicht aber nicht, es sei denn, mensch will sich das „Spektakel“ von weitem angucken. Bei großen Konzerten, wie am Vorabend unterm Völkerschlachtdenkmal, passiert so was doch auch nicht. Dort stehen tausende Menschen dicht an dicht, verzichten auf ihre Privatsphäre, damit alle sehen und hören. Das Risiko einer Massenpanik macht solche Zusammenkünfte dann nämlich auch nur sehr schwer angreifbar...



Exekutive

Noch am Bahnhof, bei einem anfänglichen Durchbruchversuch der Nazis, bzw. des nationalen, vermeintlich autonomen Schlägerblocks aus Berlin, wurde dieser lediglich zurückgedrängt, obwohl dies nach polizeilicher Logik schon Grund genug war, die Nazis wieder nach Hause zu schicken. Nein, am Augustusplatz wurde zwei mal hintereinander die eine Strassenhälfte mit Wasserwerfern „gesäubert“, mit Pferden in Sitzende hineingeritten, wobei mehrere verletzt wurden; ebenso, als viele Courage-Praktizierende² von der Strasse geprügelt wurden. Auch in der Südvorstadt war ein massives, mobiles Polizeiaufgebot in Habachtstellung, nicht auszu-denken, was passiert wäre, wenn Zeit und Kraft der Widerstehenden nicht ausgereicht hätten – das antifaschistische Ziel des „kein Fußbreit“ sieht trotzdem anders aus. Warum dies nicht gelingen konnte? Der „Befehl von oben“ lautete, es den „linken Chaoten“ mal so richtig zu zeigen an diesem wie gesagt repräsentativen, also auch nationalen Feiertag, wie es der 3. Oktober ja auch ist, an dem im vergangenen Herbst eine überforderte Polizei und dezentrale Aktionen Unzähliger einen Nazimob von 300 Personen den ganzen Tag am Leuschnerplatz festhielten. Dazu kamen und kommen die Spaltungversuche der antifaschistisch motivierten Menschen in „militante“ und „friedliche“, durch Polizei³, staatliche Öffentlichkeitsarbeit und andere oberflächliche MeinungsmacherInnen. Im Kontext einer Politik der Ignoranz, Toleranz und sogar Verteidigung von gewalttätigen Nazis muss jedoch das situationsbedingte Abwägen zwischen Zwecken und Mitteln als untrennbar von den Handlungsperspektiven konsequenter Menschen gesehen werden, die ihre eigene Vorstellung von Gerechtigkeit hier bewußt und zu Recht über die des Staates stellen. Auch mit Blick auf Berlin, wo hingegen am 8.Mai die NPD-Demo von der Polizei sehr schnell abgeblasen worden ist, drängt sich die Frage nach den Ursachen von Gewalt und Ausschreitungen erneut auf. Die verschiedenen Wi-

derstandsformen, ob nun Sitzblockaden oder geworfene Steine, bleiben jedenfalls hauptsächlich in ihrer Symbolik wirksam, langfristige Chancen in diesem Kampf hat keine dieser Taktiken sondern nur Aufklärung und Emanzipation in der Gesellschaft. Die Sicherheit kann nicht gewährleistet sein, solange Nazis marschieren und BürgerInnen selbst die deutsche Ordnung illusionieren. Nie und nimmer.

1 titulierte die Bild am 2.05.2005.

2 die sich z.T. mit Oberkörper und Kopf auf den Asphalt gelegt hatten.

3 Das kurze Ablenkungsmanöver zur Nürnberger Strasse z.B. sollte zeigen, wer bereit ist, sich den Nazis überall und nicht bloß auf einer angemeldeten Veranstaltung entgegenzustellen.

Bonusgeschichte

Exemplarisch für die intellektuelle Beschaffenheit so mancher Kameraden, die



Worchs Aufruf gefolgt waren, steht folgende Aussagenkette:

Dies wurde bei indymedia im nicht inhaltlichen Ergänzungsteil anonym und Verdacht erregend kommentiert⁽¹⁾. Nun stellte sich heraus, dass die „Deutsche Kameradschaft“⁽²⁾ aus Dresden auf dem Transpi nach eigenen Angaben einen (falsch gelesenen und schlechten) Goethe-Aphorismus⁽³⁾ wiedergeben wollte. Ja dann können wir ja nur hoffen, dass „die Klügeren“ bald nachgeben und antifaschistische Bildung mehr Wahrnehmung findet, damit diese Dummheiten aufhören :) clara

(1) indymedia: @partisan von abc 04.05.2005 21:01 Lies das Transparent mal richtig! Da steht „Dumm.“ und nicht „Dumm“. Ein kleiner aber feiner Unterschied!

(2) Anzeige bei der Deutschen Stimme: „Gleichgesinnte Kameraden haben ein Verein Deutsche Kameradschaft in Dresden gegründet und suchen ein Raum, wo wir uns treffen können, sowie weitere nationale Mitglieder. Wir würden uns freuen. Tel. 0151/15536869 oder ePost: dk.schmetterlingsverein@web.de“

(3) das allerdings lautet: „Wenn die Klügeren nachgeben, regieren die Dummköpfe die Welt.“

Jena:

„Wenn da nur Unrecht ist - dem Wahnsinn widerstehen“

Folgend sind Hintergründe und Berichte zu einem Volksfest der besonderen Art ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder formale Objektivität – vom Auge in die Tastatur – zusammengefasst.

No entry – nationalsozialistische Unkultur.

Dem Anmelder des „Fest der Völker“¹ für den 11.06.05 auf dem Jenaer Marktplatz, Ralf „Notdung“ Wohlleben (Jenaische-str.25, Jena-Lobeda), NPD-Kreisvorsitzender, selbsternannter Thüringer Heimatschützer, bzw. gewalttätiger Neonazi, wurde sicher noch wohler, als er kurz vor der Angst doch noch einen Platz an der Jenaer Sonne für seine „Glätzenparty“ zugesprochen bekam. Ein Großevent war (zumindest dieses) dann aber nicht, nur einer von 10 erwarteten Nazis, also zwischen 400 und 800 Nazis durften für 6h auf einem Platz an der Autobahn bei Jena-Lobeda eine Veranstaltung mit 4 Nazi-Bands, 4 Nazi-Rednern und einigen Nazi-Ständen (ohne Eintrittsgeld) genießen. Davon abhalten wollte oder konnte sie niemand, dazu weiter unten. Im Mobilisierungstext, der in 15 Sprachen übersetzt, durch internationale websites im Internet ging, war zur Erklärung u.a. zu lesen, „dass jeder Mensch und jede Kultur ihren angestammten Platz in dieser Welt hat, dieser muss auch von jedem respektiert werden.“

Von den 9 angekündigten europäischen² Bands mit Namen wie *Before the war* (vor dem Krieg), *Legion of Thor* (Legion Thors, eines Obergottes des Wikingerstammes) und den unsäglichen *Block 11* sind mind. 6 dem „Netzwerk mit einem hochgradig militanten und terroristisch ambitionierten Potential“³ **Blood and Honour** (BH) zuzurechnen. In

dem 11. Block im Stammlager bei Oswiecim („KL Auschwitz I“), dem „Todesblock“, wurden unter anderen verdächtige oder „konspirativ tätig“ gewesene Häftlinge verhört und grausamst zu Tode gequält oder vor dem Block an der „Todesmauer“ erschossen.



Blood and Honour⁴

Mit diesem Namen hatten 1987 in England zwei für rassistische Gewaltverbrechen Vorbestrafte eine fatale Idee: an die SS „anzuknüpfen“ und sich endlich mit den Brüdern in Deutschland in „weißem“ Stolz zu vereinen. Schon im darauffolgenden Jahr konnten Verbindungen zur ehemaligen SS sowie zum Ku-Klux-Klan nachgewiesen werden und wurde vom Sänger der Band *Skrewdriver* I.S. Donaldson im *Sunday-People*-Magazin ein bevorstehender „Rassenkrieg“ verkündet! Bis heute veranstaltet das weltweite Geflecht aus Bands, Zeitschriften, Labels, Vertrieben und anderen NationalistInnen internationale Vernetzungstreffen bzw. Konzerte. Im militanten Untergrund der Szene (wenn es noch Steigerungen gibt) organisiert sich (v.a. in Skandinavien und England) das *Combat 18* (Kampf, Adolf Hitler) als bewaffneter Arm von BH (Erkennungszeichen ist der „SS-Totenkopf“). Sektionen von BH existieren in Argentinien, Bulgarien, Chile, Großbritannien, Litauen, den Niederlanden, Schweden und Skandinavien insgesamt, der Slowakei, der Ukraine, Ungarn und den USA. Die deutsche Sektion, mit dem Berliner Stefan „Pinocchio“ Lange an der Spitze und mind.17 Untersektionen, die sich seit den frühen 90ern im Umfeld „freier“ Kameradschaften bildeten, um „Patrioten verschiedener Stilrichtungen zu sammeln und zu einen, nicht nur in der Musik, sondern im Kampf“ wurde 2000 offiziell als terroristische Vereinigung verboten. Namenlos, bzw. mit dem Bekenennungskürzel „28“, werden jedoch weiterhin Tourneen von BH-Bands, europäische Handelsstrassen für indizierte Waren aller Art (z.B. Musik und NS-Propagandamaterial) und Treffen organisiert.

Aus der sächsischen Sektion sind die meisten zwar angeblich 1999 ausgetreten, aber es gibt ja auch genug andere Gruppen: Skinheads Sächsische Schweiz (SSS), 2001 verboten, „freie“ Kameradschaften (siehe auch S.7 und 10) und NPD (S.11), die nach jeder Verbotschwelle gerne als Auffangbecken bereitsteht. Z.B. der vielleicht einigen bekannte Hallenser Nazikader Sven Liebich aber war und ist samt seiner „politischen“ Aktivität, seines „Ultima“-Tonträgervertriebes in Halle und einem '99 in Leipzig eröffneten (und '02 abgebrannten) Naziladen „Midgard“ ein BH-Aktivist.

Neben BH-Vertretern aus Ungarn, Schweden, England, Italien und den Niederlanden sollten der (gerade aus knapp 3jähriger Haft entlassene) Eisenacher Obernazi Patrick Wieschke, der '00 einen Sprengstoffanschlag auf einen Dönerladen in Eisenach verübte, und Frank Schwerdt auf dem Volksfest reden; auch der Bundesgeschäftsführer und Thüringer Landesvorsitzende der NPD ist vorbestraft: aufgrund von Herstellung und Verbreitung von Gewalt- und NS-Verherrlichung saß er zwischen '98 und '00 zweimal insgesamt 15 Monate ein. In durch ihn verbreiteten Liedtexten heißt es z.B., dass man „sich besser fühlt“, wenn man „Bunte aufklatscht“ und weiter: „Mitten im Gefecht hörst du auf zu denken, du willst nur noch töten, keiner kann dich lenken“. Wer gespielt und gesprochen hat, ist nicht bekannt, von den Infoständen ganz zu schweigen.

Milch und Reue statt Blut und Ehre! Was war los?

Nach intensiver Mobilisierung und Aufklärung durch die Jenaer Antifa entstand in Jena schon vor Wochen ein Klima, das sich mit „Alle gegen Nazis“ umschreiben lässt, wenn selbst der FDP-Oberbürgermeister zum lippenbekennenden Antifaschisten wird. Alternativ-Feste wurden angemeldet, vom deutsch-französischen Bläserchor über ein Studentensportfest bis zum obligatorischen Hardcore-Konzert. Diskussionen und bunter Konsens bildeten sich, Widerstands-Strukturen wurden organisiert. Anfang April fand im nahe gelegenen Pößneck, wo „Wotan-Recke“ Jürgen Rieger kürzlich eine weitere Nazi-Immobilie für ein Kameradenschulungszentrum erwarb, im übrigen ein von 1500 (!) rechten besuchtes Konzert statt⁵. Ende April hatte die Stadt den Marktplatz für das *Fest der Völker* verboten, allerdings nur mit der wackeligen Begründung untermauert, das Versammlungsrecht damit für eine Vergnügungsveranstaltung missbrauchen zu wollen. Nach einer Verbotsbestätigung durch das Verwaltungsgericht Gera vom 31.Mai kam das Oberverwaltungsgericht Weimar zum Zuge, da die NPD geklagt hatte. Am Tag vor dem

„Fest“ hat es – wieder mal typisch – ein Treffen im Gericht mit Stadtverwaltung und Nazis gegeben, auf dem beschlossen wurde, die Veranstaltung zu genehmigen, nur nicht auf dem Markt. Der Griesplatz in Jena-Ost war am 18. Februar (!) für eine Gedenk-Kundgebung (!) und zudem Anfang Juni als Startpunkt einer antifaschistischen Demonstration angemeldet worden. Durch Redebeiträge sollte an die sich in diesen Tagen jährenden Massaker der deutschen Wehrmacht und SS in Lidice⁶ (Tschechien), Distomo (Griechenland), Oradour-sur-Glane und Tulle (beide Frankreich), aber auch an den d-day (06.06.1944-Landung der Alliierten in der Normandie) erinnert werden. Statt dessen sollte also nun ein BH-Konzert am selben Ort sein und damit keine Kundgebung und auch keine Demo. „Eine der Begründungen des Gerichtes [für die Ablehnung des eingelegten Widerspruchs hier der Erstanmelder, die zum Treffen nicht geladen wurden] lautete, das nicht mehr zu erkennen wäre, wer Erstanmelder für den Platz war und es darüber hinaus eine Verständigung über den Ausweichplatz gegeben hätte.“⁷ Schon das war ein Fanal. Da die Aufbauarbeiten für 6 Uhr angekündigt waren, versammelten sich ab 5 Uhr in der Früh um die 600 Leute, die beide Zufahrtswege entschieden blockierten (sogar die hiesigen Parteipolitiker von Links bis Mitte standen vor den Sitzblockaden). Aber der Staat hatte mitgedacht und einen Mann gesandt, das Verwaltungsdezernat zu repräsentieren. Er entschied nach 3h gegen eine hässliche Räumung und für eine Umverlegung der Nazis, die noch nicht da waren, hinter das 8km entfernte Jena-Lobeda. Diese Information wurde jedoch nicht verlautbart, im Gegensatz zu vielem anderen Geschwätz. In die richtige Richtung ging es erst wieder mit einem ca. 4000 Menschen großen Demozug um die Mittagszeit (größtenteils aus Antifa und oder Studierenden bestehend). Nach Lobeda liefen dann noch mind. 3000 Menschen auf verschiedensten Wegen, ein großer Teil blieb jedoch bei einer Kundgebung am „braunen Haus“ in Altlobeda, NPD-Zentrale und Wohnung des Anmelders. Schätzungsweise 1km vor dem Nazifest ging dann für rund 500

Leute aber rein gar nichts mehr, Wasserwerfer und Hundertschaften standen bereit. Gegen 16 Uhr löste sich jeder Widerstand in Nichtgefallen auf. Am Abend rockten politisch korrekte Bands die Abgekämpften in den Schlaf. In Altlobeda sind 4 AntifaschistInnen verletzt worden, ein paar Naziautos fegten durch die Strassen und ein paar NPD-Aufkleber wurden hier und da für eine Nacht angebracht. Die Jenenser Burschenschaften veranstalteten nach ihren Stiftungsfesten am Sonntag ab 11 Uhr Frühschoppen in der vielzitierten „guten Stube Jenas“ auf dem Marktplatz und konnten nur kurz gestört werden.

Rockst du noch oder schon?

Antifa hieß also wieder mal nicht schlafen, dafür Existenzrechte ausüben, den ganzen Tag laufen und die Ohnmacht zu spüren, die im Moment der Tat über allem steht: Staat, Volk und Faschisten befriedigt, Häppchen für die übrig gebliebenen, Repressionen für Entschlossene. Wenn sich Parteifunktionäre, Gerichtsvertreter und „Team Green“ verständigen, und sei es auch nur kurz, gibt es nur noch eins: selbstorganisiert und unabhängig Handeln. Und eigentlich ist nicht nur das Orga-Treffen wichtiger als Deutschland, sondern auch Vertrauen nötiger als Hysterie.

Feste völkisch

Meine Vorstellung von Kultur umfasst jedes Leben. Nur leider wird ein völkischer Konsens der „guten Kultur“ in dieser Gesellschaft konstruiert; kollektive Traditionen mögen die Menschen eben mehr oder weniger. Trotzdem: Ich kenne kein einziges

Volk außer der Menschheit. Weder Nazis noch BürgerInnen haben ihre Volksfeste von Blut und Boden frei gemacht, vermeintliche Wurzeln, aber auch „Blumen des Bösen“ wachsen aus den Köpfen, ein neues altes europäisches „Volk“ geistert durch den Identitäten-Äther, der so manchen Menschen verschlingt, weil er Leben kategorisieren will. Und in der Präambel des Deutschen Grundgesetzes steht es auch: „Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“ und weiter im Artikel 20: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Im nächsten Jahr will Ralf Wohlleben es erneut „krachen lassen“.

„Die fast unlösbare Aufgabe besteht dann, weder von der eigenen Ohnmacht noch von der Macht der anderen sich dumm machen zu lassen.“ (Adorno: *Minima Moralia*, 1951.)

RABE

¹ Begriff u.a. angelehnt an Leni Riefenstahls Film „Olympia – Fest der Völker“ von 1938.

² aus Ungarn, Schweden, England, Frankreich, Italien, Slowakei, Niederlande, Sachsen-Anhalt und Berlin.

³ „White Noise: Rechtsrock, Skinhead-Musik, Blood&Honour“ herausgegeben u.a. von Searchlight, Hamburg 1999. Dort wird auch von Bombenbaukursen, Mordaufrufen, Waffen- und Sprengstoffkunde, paramilitärischen Übungen und kriminellen Lebensläufen berichtet.

⁴ „Blut und Ehre“ stand auf Fahrtenmessern der HJ und in den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 „zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“.

⁵ Die Bremer Antifa-Journalistin Andrea Röpke warnte in Jena vor bevorstehenden Szenarien wie z.B. Schuloffensiven und Kaderzentren der Kameradschaften in Ostdeutschland.

⁶ In der Nacht vom 9. auf den 10.06.1942 wurden dort alle Männer erschossen, alle Frauen und Kinder in Konzentrationslager verschleppt, jeder Stein des Dorfes abgetragen und weggebracht.

⁷ www.jg-stadtmitte.de





„Am 20.08.2005 ist der ‚Antifascist-Action-Day‘. Um 9 Uhr startet im bayerischen Wunsiedel vor dem Gymna-

Auf nach Bayern

sium in der Innenstadt eine Protestdemonstration gegen den alljährlichen Rudolf-Hess-Marsch, bei dem Faschisten aus ganz Europa und den USA (im letzten Jahr rund 4800) zusammenkommen, um den Hitlerstellvertreter und damit das nationalsozialistische Regime zu verherrlichen. Gerade vor dem Hintergrund des 60. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus gibt es in der BRD vermehrt Relativierung von NS-Verbrechen und Umdeutung der

deutschen Geschichte.

Eine verkehrte Welt, in der wir in Wunsiedel einiges gerade rücken wollen! Wir werden mit WiderstandskämpferInnen und anderen AntifaschistInnen aus Europa diesem Spuk ein Ende bereiten und darauf hinwirken, dass der 20. August in Wunsiedel als Tag des breiten antifaschistischen Widerstandes erlebt wird.“

Aus einem Aufruf der Kampagne:
ns-verherrlichung-stoppen
www.ns-verherrlichung-stoppen.tk

NPD - „We will rock you“

Und noch ein Volksfest: Zum dritten Mal veranstalten NPD und Kameradschaften am 09.06.05 in Gera ein Open-Air unter dem Motto „Rock für Deutschland gegen Globalisierung und Fremdbestimmung“. Dort wollen Faschobands aus dem Blood&Honour-Spektrum, wie Kraftschlag, Eugenik, Propaganda, Legion of Thor und Radikahl, Redner wie Frank Schwerdt (NPD-Vorsitzender Thüringen), Ralf Ollert (NPD-Vorsitzender Bayern) und last but not least der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt ihre menschenverachtende Ideologie zum Schlechtesten geben. Dagegen wird von der Antifaschistischen Aktion Gera (Infoline: 0179/7219276) bundesweit auf eine Demo mobilisiert, die 11 Uhr am Hauptbahnhof starten wird.

+++ Info in Leipzig +++ 24.06. Giesser16, Gera-Benefiz (mit Monozid, Swan Danger, Not sorry about Dresden, Don Vito und disco) +++ 27.06. 19 Uhr, ZORO +++

Dresdensia-Rugia

Hinter der Forderung „NPD-Kaderschmiede Dresdensia-Rugia dichtmachen“ hatten sich am 28. Mai 400 DemonstrantInnen nach der Mobilisierung durch den Infoladen Gießen, die FAU Lahn und den AStA der JL-Uni Gießen eingefunden, um wenigstens auf die elitären Machenschaften der rechtskonservativen bis faschistischen Kräfte aufmerksam zu machen.

Die Dresdensia-Rugia (DR) gehört dem Dachverband der „deutschen Burschenschaften“ (DB) an und ist 1951 aus den zwei Burschenschaften „Rugia zu Greifswald“ und „Dresdensia zu Leipzig“ gegründet worden. Die „Alten Herrn“ (ältere Mitglieder) der DR sind heutzutage offiziell aktiv im Umfeld, bzw. in der sächsischen Landtagsfraktion der NPD tätig: der Mitarbeiter des Beratungsdienstes der sächsischen Landtagsfraktion und Bundesvorstandsmitglied der NPD,

Verbindungsführung faxt in Sachsen

Jürgen „Bombenholocaust“ Gansel, der Wirtschaftswissenschaftler Stefan Rochow (Anmelder der gescheiterten NPD-Demo am 08.05.05 in Berlin), seines Zeichens Bundesvorsitzender der Nationaldemokraten (JN) und maßgeblich an der Propaganda-„Aktion Schulhof“ beteiligt, sowie der Diplomökonom Arne Schimmer, selbst wissenschaftlicher Mitarbeiter der NPD-Fraktion für Wirtschaft und Globalisierung.

Nachdem ja nun im April endlich auch die Landesgeschäftsstelle der NPD von Leipzig nach Dresden übersiedelte, geben sich Partei, Lebensbünde männlicher Akademiker, ja mitunter sogar Freie Kameradschaften¹ sicher nicht nur die Klinke in die Hand. Wenn sich kollektiv auf revolutionäre Ursprungsmomente deutscher Kämpfer vor 190 Jahren (Wartburgfest) besonnen wird, wie bei den derzeitigen Stiftungsfesten vieler Burschen-



schaften, z.B. am 11.06. in Jena (siehe auch S. 8/9 zum Nazi-„Fest der Völker“), wo Ministerpräsident Althaus (CDU) und sein Vorgänger Vogel (CDU) die Ehrenteilnehmer waren, oder sich zum alljährlichen Burschentag auf der Wartburg die bundesdeutsche Elite trifft, sind die Positionen klar:

„Verbindungen kappen“ bleibt die einzige Losung gegen elitäre Männerklüngel und antisoziale Reproduktionsmechanismen. Lösungen bleiben vorerst einem kollektiven Bewußtseinswechsel für soziale Gerechtigkeit überlassen, wer kann sich schon relevant mit „Entscheidern“ in hohen Positionen und deren Klüngelei anlegen.

clara

¹ Zumindest besuchte Gansel auch Demonstrationen der Freien Kameradschaften, dabei schwang er '00 in Wetzlar sogar als einziger deren Fahne.

Rechtsradikal macht Schule

In Dresden wurde ein NPD - nahes Bildungswerk eröffnet

Seitdem die NPD in den Landrat von Sachsen mit 9,2 % der Stimmen einmarschierte und damit 12 der insgesamt 124 Sitze besetzt hält, steigt ihr rechtsextremes Selbstbewusstsein unaufhörlich an. Damit erlangte die Rechte einen parlamentarischen Arm, um ihre faschistischen Ideologeme nach bürgerlichen Spielregeln verbreiten zu können. Immer mehr beginnt die NPD ihren menschenverachtenden Parolenfaschismus in ein theoriegeleitetes Format zu packen, um damit ihre Anhängerschaft zu erweitern, mit dem Ziel, bis tief hinein in die bürgerliche Mitte zu kommen. Dabei bedient sie sich zwar der traditionellen Propaganda vom Antisemitismus über Antiamerikanismus bis hin zu diffusem Antikapitalismus, kleidet diese aber in ein neues Gewand. Systematisch wird versucht, öffentliche Diskurse mit völkischen Inhalten zu speisen. Ein entscheidender Schritt zur Ideologieverbreitung war die Gründung eines NPD-nahen „Bildungswerks“ am 18. April 2005 in Dresden. Das „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V.“ soll durch Spenden, Mitgliederbeiträge und parlamentarische Zuschüsse – notfalls auch über Gerichtsbeschluss erwirkt – finanziert werden. Ziel ist es, tagespolitische Themen zu verhandeln und dabei eine Bewertung nach völkischen Interpretationenschemen zu transportieren. Über Publikationen, Vorträge, Seminare und Exkursionen werden nationalistische Inhalte entsprechend vermittelt. Vorsitzender des „Bildungswerkes“ ist Peter Dehoust ein ehemaliger Herausgeber des rechts-extremistischen Kampfblattes „Nation & Europa“ und bekannter Neonazi, bis 1992 NPD-Mitglied und Mitbegründer der „deutschen Liga für Volk und Heimat“. Seinen Stellvertreter spielt Karl Richter, der ebenso Redakteur von „Nation und Europa“ war, sowie parallel beim parlamentarischen Beratungsdienst der NPD-Fraktion Sachsen arbeitet. Ein weiterer faschistischer Kopf im Hintergrund ist das Vorstandsmitglied der NPD, der sich in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ mit antisemitischen sowie ausländerfeindlichen Äußerungen besonders kräftig hervortat. Karl Richter und Jürgen Gansel gehören beide zu einem losen Konglomerat rechtsintellektueller Köpfe, die

im Umkreis der NPD-Fraktion ihre neonazistische Ideologie theoretisch zementieren möchten. Diese Gruppe bezeichnet sich selbst als „Dresdner Schule“ und wählten diesen Begriff analog zur Frankfurter Schule(1) um eine Art Gegenposition zu formulieren. Das „Bildungswerk“ dient dabei als Plattform den rassistischen Theorien Verbreitung zu verschaffen.

Nach Auffassung der „Dresdner Schule“ bestimme die von Horkheimer und Adorno in den 40ern und 50er Jahren formulierte Gesellschaftskritik das „geistige Grundklima in der BRD“. Auch wenn sich die Gruppe als Gegenkonzept zu der Kritischen Theorie versteht, ist ihre Kritik an dieser haltlos, schon weil es an einer ausgiebigen Rezeption mangelt. Vielmehr blieb es bei den publizierten Aufsätzen bei vagen Bezügen und wüsten Unterstellungen. Das lässt vermuten, dass es mehr darum geht seine eigene Position aufzuwerten, indem das eigene Denkkonstrukt in Form eines „Gegenentwurfs“ als die selbe philosophische Ebene dargestellt wird. Ebenso wird die kritische als politische Theorie verstanden, was sie aber nicht war und ist (2).

Inwieweit es um die Kritik an der Frankfurter Schule bestellt ist, zeigt nicht zuletzt Jürgen Gansel, der das Hauptwerk der kritischen Theorie, „Die Dialektik der Aufklärung“, als ein „unappetitliches jüdisches Buch“ beschimpfte, was die Wurzeln der Adornokritik der „Dresdner Schule“ aufzeigt.

In ihrer ersten Verlautbarung stellen sie den „ethnisch homogenen Gesellschaftskörper“ einer von ihnen denunzierten „multikulturalistischen Gesellschaft“ gegenüber und argumentieren, dass sich Identität nur auf die „genetische Mitgift“ beziehen kann.

Die soziale Identität bestimmt sich jedoch durch die Beziehungen, die Menschen mit anderen Menschen bestreiten, und durch ihre Umwelt, welche uns prägt und nicht durch irgendeine chromosomale Beschaffenheit. Zentral bei Richters Erklärungsschrift zur „Dresdner Schule“ ist also ein Blut-und-Boden-Biologismus, der Begriffe wie „Abstammungsgesellschaft“ wieder stark machen soll.

In seiner Propaganda gegen das von ihnen deklarierte egalitäre Weltbild in der bun-

desdeutschen Gesellschaft das durch die „kulturelle Hegemonie der 68iger“ getragen würde, postuliert Karl Richter die „Menschenrechtslüge“ und spricht damit dem Menschen (nach seiner Vorstellungen einem bestimmten Teil von Menschen) die Würde ab.

Ebenso fordert Richter, wie jeder ordentliche Nazi, dass die „Frage der deutschen Souveränität und Staatlichkeit“ erneut in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion rücken müsse, wohl damit sich Deutschland seines Führungsanspruches wieder bewusst werde, wie einst 1933.

Zuschlechterletzt wird in der letzten Hetzthese der Erklärungsschrift eine Reform des parlamentarischen Systems gefordert, wobei nicht näher erläutert wird, welche gruselige Idee von Staatlichkeit sich hinter dem Ausdruck „Reform“ verbirgt.

Eine Verbindung von „Bildungswerk“ und Theoriewerkstatt dient vornehmlich zwei Zwecken: Zum einen der Schaffung einer lückenlosen Ideologie, die ihren zeitgeschichtlichen Rahmen abdeckt (so verstanden unter einer „globalisierten Rechten“) und zum anderen der Einflussnahme auf die bürgerliche Mitte und deren Diskurse.

Die menschenverachtenden und rassistischen Inhalte dieser „Schule“, sind typisch für ihre Gattung, die Art und Weise jedoch, wie die einzelnen Inhalte transportiert werden, bedient sich bürgerlicher Attitüde. Durch den rechten parlamentarischen Arm findet ihre Verbreitung einen günstigen Kanal und die Anschlussstellen zur Mitte sind schnell gefunden. Gerade durch die Aufwertung von Begriffen wie Nation und Volk von rechtsliberaler Seite (3) bekommen rassistische Theorien wieder Aufwind und Anhang in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

Karotte

(1) Bezeichnung für eine philosophische Strömung ausgehend von dem Institut für Sozialforschung aus Frankfurt, die in den 30er und 40er Jahre des 20. Jh. entstand und welche u.a. von den Gesellschaftswissenschaftlern Theodor Wiesengrund Adorno und Max Horkheimer getragen wurde.

(2) Siehe dazu auch aus *Feierabend!* #16 den Artikel „Feierabend! – Mehr als andideutsch“

(3) Siehe dazu das Thesenpapier der jungen Union Sachsen „Werte-Strategie-Papier“

Proteststundenpläne im SoSe '05

„Streik der Schmerzen“

Um vielleicht die Dimensionen zwischen Protest und Widerstand in ihrer Weite aufzuzeigen, sollen folgendem Bericht über gerade laufende Aktivitäten der Studierenden hierzulande Begebenheiten aus anderen Erdteilen vorangehen:

Am 18. März verlief die alljährliche Puppen-und-Wagen-Demo „Huelga de Dolores“¹ der Studierenden Guatemalas überraschend friedlich bzw. wenig repressiv: Tausende übten kreativ-theatralische Kritik an Staat und Gesellschaft.

In Québec haben im April über 230 000 Studis gegen die dortigen Studiengebühren, bzw. eine weitere Erhöhung gestreikt. In der Nacht vom 10. auf den 11. Mai besetzten in Athen „Anarchistische Genossen des Polytechnikums“ die Technische Universität und hielten so ca. 100 Gäste in einem Hörsaal fest, nachdem bei Auseinandersetzungen mit der Polizei einem „Genossen“ ins Bein geschossen wurde. Die erschütternden Geschehnisse in Südkamerun jedoch, wo im Verlauf eines Unistreiks im April insgesamt drei Studierende erschossen und mehrere Personen verletzt worden sind, bedürfen besonders einer internationalen Solidarität und mahnen allemal zu einer bewussten Tonart gegenüber den hiesigen Repressionen.

Sag Ja zum Nein!

Seitdem per Karlsruhe-Beschluss im Januar die Bundesländer selbst 'Wissen gegen Geld' anbieten dürfen, droht den Studierenden v.a. in CDU-regierten Bundesländern die baldige Einführung bzw. drastische Erhöhung von Studiengebühren. Dem entgegen wurde der „summer of resistance“² ausgerufen. Im Mai gab es alsbald die ersten Rektoratsbesetzungen: in Freiburg hielt sie fast zwei Wochen und in Hamburg (wo es am Vormittag des 19. Mai sogar einen Verdi-Warnstreik der Uni Beschäftigten), in Stuttgart, Braunschweig, Hildesheim, Göttingen und Lüneburg wurden jeweils für ein paar Stunden oder einen Tag die Präsidien

belagert. Aber auch viele kleinere Städte organisieren z.T. sehr ausgeklügelte Protestformen wie Alternativ-Vorlesungen und gesellschaftskritische Seminare im öffentlichen Raum. Auch das Campus-Campen erfreut sich an vielen Unis ebensolcher Beliebtheit, wie die diversen Jubeldemos und subversive Aktionen, bei denen Leute als „Elitestudenten“ verkleidet Propaganda für Studiengebühren machen, um so neue Aufmerksamkeit zu bekommen und drohende Konsequenzen zu illustrieren. Einen ersten Höhepunkt bzw. die letzte Motivationsbewegung stellten die bundesweiten Demonstrationen am 2. Juni dar, an denen sich in Halle, Dresden, Potsdam, Frankfurt a.M. und Hannover insgesamt über 20 000 Menschen beteiligten.

Auch in Leipzig soll Sommer sein!

Nach einer von ca. 1% aller Immatrikulierten besuchten Vollversammlung am 10. Mai gab es auch in Leipzig eine kleine Spontandemo zum CDU-Sitz, von wo aus dann ein solidarischer Apell gegen Studiengebühren an Regierende gefaxt werden konnte (PolizistInnen wurden derweil vor der Tür handgreiflich). Wenn nun aber sogar der StuRa-Sprecher in der taz einräumt, es sei „erst mal Ruhe im Karton“³, weil am 2. Juni zur Demo nach Dresden „nur“ 500 statt der erwarteten 3000 Leuten mitgefahren sind, fragt es sich schwerlich nach Sonnenschein. Will sagen, das Grundproblem der Piktualität entsteht durch die z.T. überforderten, naiven oder gleichgültigen, weil in vergangenen Semestern (wie im WS 03/04) gescheiterten Widerstandsansätze oder -aussetzer ständig wechselnder Akteure. Nichtsdestotrotz gibt es durchaus wieder ein Protest-Treffen⁴. Wenn der Zusammenhang zu anderen sozialen Bewegungen und etwaige Wahlen ins Blickfeld treten, wäre dies eine Chance; zumindest ließe sich hoffen, dass die Studi-Bewegungen in Zukunft konsequenter an die Ursachen

gehen und sich in Wort und Tat entschiedener gegen die



herrschenden Verhältnisse richten. An einem kürzlich geführten Interview der Zeitung

Die Welt lässt sich ja schon der nächste Sozialschlag erkennen: Anette Schavan, Kultusministerin Baden-Württembergs und stellvertretende CDU-Vorsitzende (mit Ambitionen aufs „Schatten“-Bildungsministerium) antwortete auf die Frage nach möglichen Bildungsreformschritten nach einem etwaigen Wahlsieg: „Allerdings muß das Bafög noch so lange erhalten bleiben, bis es einen tatsächlich attraktiven Markt der Bildungsfinanzierung gibt.“⁵

Also sollten weiterhin und auch im hierarchischen Alltag der Vorlesungen und Seminare Grenzen überschritten und Demosprüche, wie der aus dem Aufruf zur „Norddemo“ in Hannover realisiert werden: „Bildung für Alle! Alles für Alle! Alle für Alle!“

clara

1 Übersetzt in der Überschrift

2 entlehnt von diversen globalisierungskritischen und -betroffenen Widerstandsbewegungen der letzten Jahre. Auf der Homepage www.summer-of-resistance.net wird jedoch weniger Inhalt, als vielmehr bloßes Merchandising angeboten.

3 taz 02.06.05, „Pragmatische Proteste angesagt“ 4 und zwar immer mittwochs, 19 Uhr am Felix-Klein-Hörsaal im Hauptgebäude am Augustusplatz.

5 *Die Welt* am 04.05.05: Das Mäzenatentum ist notwendig



...Fortsetzung von Seite 1 „Eigentum ist Diebstahl“...



Nein. Vielmehr ist es ein Versuch, mit praktischen Aktionen wie „Freischwimmen“ oder freier Bahnfahrt, Räume in der Gesellschaft zurückzuerobern, die durch Privatisierung, Ausgrenzung oder drastische Preiserhöhungen für viele zu verbotenem Terrain oder unerschwinglich geworden sind.

In dem Maße wie die Preise stiegen, scheinen die finanziellen Mittel vieler gesunken zu sein. Sei es der Verlust des Arbeitsplatzes, die Streichung von Sozialleistungen (Hartz IV) oder leere Landeskassen, die Subventionen für Schwimmbäder und andere öffentliche Einrichtungen nicht mehr möglich machen.

Um aus dieser Misere zu entkommen, raten die von Oben: WIR sollen alle mehr konsumieren, um die Wirtschaft anzukurbeln und gleichzeitig müssen WIR sparen (d.h. weniger Lohn, Rente,...), um das Staatssäckel wieder zu füllen. Und dann wird alles schon wieder gut... irgendwann... später.

Diese Argumentation mutet sicher nicht nur den „Umsonst – Kampagnieros“ absurd an, die sich deshalb nicht darauf beschränken vom Staat zu fordern, er solle es den „Bedürftigen“ ermöglichen auch teil zu haben am öffentlichen Leben, sondern eher auf die ‚direkte Aktion‘ bauen. Die können sowohl symbolischen, als auch konkret verändernden Charakters sein.

Schon im Sommer 2002 fand daher eine eher symbolische Aneignungsaktion, der „Sturm aufs Prinzenbad“, in Berlin statt. Hier haben die „autonomen FreischwimmerInnen gegen exorbitante Eintrittspreise in den Berliner Bäderbetrieben protestiert. Prinzenbad umsonst lautete die Parole“ (www.berlin-umsonst.tk). Die Ant-

wort der Staats- und Senatsgewalt darauf hieß, wie nicht anders zu erwarten: Repression, was in drei Verhandlungen mündete. Die letzte endete am 11.5.2005 mit der Einstellung des Verfahrens gegen 600 Euro Strafe und der Feststellung, dass es sich beim Sturm aufs Prinzenbad nicht um schweren Landfriedensbruch handelte. Ein Badebetriebsleiter fasste vor Gericht das Anliegen der FreischwimmerInnen noch einmal passend zusammen: „die wollten alles, BVG (Berliner Verkehrs Gesellschaft), Strom, Freibad, alles umsonst, bloß nicht arbeiten“ (taz 12.5.2005).

Im Mai 2003 wurde dann die Kampagne „BerlinUmsonst“ ins Leben gerufen, um im konkreten Alltag gegen ausschließende, repressive und diskriminierende Strukturen anzugehen. Aktionsmöglichkeiten gibt es in diesem Rahmen viele. Ob der kostenlose Schwimmbadbesuch, die freie Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die Rückeroberung öffentlicher Plätze mit dem „Reclaim The Streets“-Modell („Die Strasse zurückerobern“ – Strassenfest, natürlich nicht genehmigt vom Ordnungs-

*How to think pink...

Der Pinke Punkt soll an Bahnsteigen als Treffpunkt und an Kleidung als Erkennungszeichen dienen, für alle, die umsonst ans Ziel wollen. Und das ohne Angst vor Kontrolleuren.

Gemeinsam gegen Einschränkungen der Mobilität vorzugehen ist immer besser. Mensch kann sich zum einen eher überwinden etwas „Verbotenes“ zu tun, zum anderen fällt es in der Gruppe viel leichter, den Kontrolleuren zu erklären, dass sie jetzt Pause haben. Aber auch alleine können Kontrollen durch einen wachsamen Blick, Warnungen an andere oder Verzögerungstaktiken (lange nach dem Fahrschein suchen) solidarisch verhindert und so die „freie Fahrt“ gesichert werden. „Pink“-Bekennern fordern aber auch das Ende diskriminierender Praktiken gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, die von der „Residenzpflicht“ in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden. Ein Ausflug vor die Stadt kann da schnell im „Abschiebelager“ enden.

MOBILITÄT FÜR ALLE!

Wo es Einschränkungen der Bewegungsfreiheit gibt, gibt es Strategien, trotzdem in Bewegung zu bleiben.

THINK PINK!

amt) oder gar Hausbesetzungen.

Die aktuellste Aktion, die im April 2005 für alle Kostenlosfahrer im Berliner Stadtverkehr (und überall) startete, ist der „Pinke Punkt“. Sie interveniert konkret im Alltag eines jeden mobilen Menschen und bietet die Möglichkeit vor Ort, in der Bahn, Widerstand gegen ausgrenzende Preispolitik und die damit verbundene Repression und Kontrolle zu leisten. Der „Pinke Punkt“ bedarf und bewirkt, aufgrund des kontinuierlichen Charakters, zudem die Vernetzung der Beteiligten und kann so Raum für gemeinsame Politik auch in anderen Bereichen des Alltags schaffen, am Arbeitsplatz, auf dem Amt oder im Einkaufszentrum. Bereichert wurde der „Pinke Punkt“ durch eine Plakataktion Ende April diesen Jahres, die einige der 225 Berliner Kontrolleure im Fahndungsfotostil der Öffentlichkeit bekannt machte. Was die BVG Sprecherin „Einfach geschmacklos“ fand, diente laut Aussage der PlakatMacher der Verhinderung von „Fahrschein-Kontrollen, indem ihr euch Kontrolleure merkt und sie wieder erkennt. Sie beim Umsteigen begleitet. Andere Fahrgäste frühzeitig auf sie aufmerksam macht.“ (BZ, 27.04.05).

Es ist egal, ob die Aktionen tatsächlich in den Alltag eingreifen, oder zunächst symbolisch bleiben. Was zählt, ist in allen Lebenslagen an den vermeintlich naturgegebenen Verhältnissen des Kapitalismus und speziell seinen neoliberalen Auswirkungen, zu rütteln und sich mit Ungehorsam die ‚Räume‘, die allen gehören wieder anzueignen. Gegen Verschärfung der Lebensbedingungen, Ausgrenzung und unbezahlbare Fahrkarten! Solidarität von unten!

wanst

Nachsatz:

Nachdem die Deutsche Bahn Ende April 2005 den Anbieter des Webraumes der Kampagne drängte, die alte Seite www.myblog.de/berlin-umsonst vom Netz zu nehmen, ist sie jetzt wieder online unter [*www.berlin-umsonst.tk](http://www.berlin-umsonst.tk). Hier finden sich auch Informationen zur rechtlichen Seite des „Schwarz Fahrens“. (www.nulltarif.tk)

¹ in: Pierre Joseph Proudhon: Was ist Eigentum? 1840)

² aus: „Dresden. Umsonst“ in Beilage zu *Contraste* April 2004 (www.dresden-post-platz.de)

³ in: Kropotkin „Der Wohlstand für Alle“

Hand in Hand

Überlegungen zum Begriff der Selbstorganisation



Selbstorganisation ist nicht nur ein gegenwärtig wieder häufig gebrauchtes Schlagwort. Im

Kontext des Innovationsbedürfnisses staatlicher Verwaltung,

wie sie ja selbst die hohlen Phrasen von „Entbürokratisierung“ und „Bürgerengagement“ allenorts einfordern, ist der Ruf nach Selbstorganisation aktueller denn je (1). Leider dominiert im gegenwärtigen Verständnis jedoch immer wieder der liberal-triviale den emanzipativen Gehalt. Und das nicht zuletzt deshalb, weil das staatsbürgerliche Verständnis in beiden ehemaligen deutschen Satellitenstaaten den Begriff verkürzt mit dem von Selbständigkeit identifiziert hatte und in dem Sinne immer noch unter gesamtdeutschem Banner identifiziert.

Diese Dominanz der liberalen Weltanschauung, die die Gegenwart nicht abzuschütteln vermag, weist die moderne, gesellschaftliche Entwicklung als bürgerstaatliche aus.

Als politische Parole, die auf gesellschaftliche Veränderung und Emanzipation jedes Einzelnen zielt, meint Selbstorganisation aber gerade nicht ein bloßes Allein-Stehen-Können, wie es etwa Eltern von ihren Kindern in der Pubertät, oder staatliche Behörden aktuell von Erwerbslosen einfordern. Im Gegenteil, allein am Wortlaut wird schon deutlich, daß der Begriff der Selbstorganisation in seinem Gebrauch von je her in Konkurrenz zu jenem Kommalleine-klar gestanden hat. Die Rede von der Selbständigkeit bezieht sich nämlich eher auf eine gedachte ursprungs-natürliche Fähigkeit des Menschen (2), den aufrechten Gang, und sie begnügt sich damit auch. Der Begriff der Selbstorganisation dagegen hebt darauf ab, anstatt „nur“ alleine dazustehen, sich eben auch und gerade zu organisieren, um die Geselligkeit und soziale Kultur gegen die Anfechtung von Staat und Kapital zu verteidigen. Und nicht umsonst ist das Wort von der Scheinselbständigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft nicht gern gesehen. Alltags zwar, eingeschossen in die staatliche

Verwaltung und nur für die obersten Schichten überhaupt erreichbar, kratzt es doch am Selbstbewußtsein des Bürgers, der partout nicht wahrhaben will, was ihm das schwant. Während Selbständigkeit allein also gar nicht über den Status isolierter Individualität hinausweist, und somit weder einen historischen noch einen praktischen bzw. technischen Aspekt aufweist, ist Selbstorganisation eng an Fragen der Organisation gebunden, wie sie im Laufe der Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung aufgeworfen wurden. Darin bestehen ihre Stärken und Schwächen zugleich.

Wenn Selbstorganisation also den Kampf um die Köpfe aufnehmen soll, gegen den Nationalismus im Bürgerstaat, um letztlich auch über diesen hinauszudeuten, ist eine Reflektion auf das, was mensch denn da meint, wen er/sie von Selbstorganisation redet, unerlässlich. Einige mögliche Ansatzpunkte will ich deshalb im Folgenden skizzieren:

Selbstorganisierte Arbeiterklasse?

Auch wenn viele der Organisationsfrage auf den ersten Blick und eben wegen ihrer ideologischen Verortung ablehnend gegenüberstehen, zählt sie m. E. zu den fruchtbarsten, die im Kontext des aufklärerischen Politikverständnisses aufgeworfen wurden. Die Infragestellung der korporations-theoretischen Verbindungs- und Verbandslehren des Mittelalters und damit auch der ständischen Festschreibung unterschiedlicher gesellschaftlicher (noch als natürlich angesehenen) Ausgangslagen, wie sie im Zuge der Industrialisierung und dem Einsetzen der Kritik an deren Auswirkungen gegeben ist, erreichte mit dem Gleichheitspostulat des frühen Sozialismus eine enorme gesellschaftliche Breitenwirkung. Die Frage nach der richtigen Organisation hat das politische Leben des 19. Jahrhunderts geprägt, wie kaum eine andere Frage, inspiriert von Humanismus und einem grundsätzlichen Optimismus in die emanzipativen Potenziale menschlicher Vergesellschaftung. Mit ihrem Aufkommen und in ihr zeigt sich erstmals das Selbstbewußt-

sein gesellschaftlicher Kräfte jenseits der bürgerlichen Großspürigkeit, der moderne Nationalstaat wäre die ultima ratio der Weltgeschichte. Die Frage nach der rechten Art und Weise der Organisation hat nicht nur die patriarchische Herrschaftsstruktur in der Großfamilie aufgedeckt, sondern auch die Projektion derselben auf die verschiedenen hierarchischen Dispositionen (3) in der bürgerlichen Gesellschaft. In der Phrase „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ war letztlich mit der Organisation der Armen und Ausgebeuteten dieser Welt die größte Anfechtung der bürgerlich kapitalistischen Vergesellschaftungsform bereits gegeben. Nicht zuletzt deshalb wurde der Begriff der Selbstorganisation seit seiner politischen Taufe vehement ideologisch und von staatswegen bekämpft. Und noch darüber hinaus: Es ließe sich ohne große Umschweife die Durchsetzungsgeschichte des modernen Staates im und als Kampf gegen alternative Organisationsmodelle schreiben. Mit der Verschärfung der sozialen Spannungen, wie sie die krisenhafte Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft hervorbrachte, setzte auch eine politische Verfolgung völlig neuer Qualität ein. Verwaltungsmacht und Gewaltmonopol sind seitdem stets angewachsen. Historisch betrachtet, ist deshalb die Frage der Selbstorganisation auch nicht abzulösen von einer Gegenmacht wider die staatliche Verwaltung des gesellschaftlichen Lebens.

Freilich wurden in der Euphorie der Bewegungen auch und insbesondere viele Fehler gemacht, es gab nur wenig Wissen und Erfahrungen, einen überhöhten, idealistischen Kollektivismus und viele Adaptionen aus dem bürgerlichen Verbands- und Verwaltungswesen. Viele Organisationsideen waren wesentlich dem Zweck unterworfen, mit der Machtergreifung und dem Gewaltmonopol die staatliche Verwaltung zu kontrollieren. Interne Hierarchien, Bürokratisierung, Kontrolle, Partizipationsverluste wurden in Kauf genommen oder gar nicht reflektiert. Darin wurden die Organisationen der „Arbeiterklasse“ den bürgerlichen immer ähnlicher, und damit dem Vorschein Marxens von der Assoziation freier Menschen immer unähnlicher. Aus dem „Arbeitskampf“ institutionalisierte sich in der Nachkriegszeit recht

schnell die „Tarifrunde“. Schließlich zeitigte die Ineinsetzung von Selbstorganisation und staatlicher Verwaltung fatale gesellschaftliche Folgen, wie die national- und auch staatssozialistischen Regime im 20. Jahrhundert die bittere Beweisführung antreten. War das Subjekt selbstorganisierter Prozesse am Anfang noch durch konkrete Individuen bestimmt, wurde daraus in der Folge der Verwirklichung selbiger innerhalb der Arbeiterbewegung ein immer abstrakteres Subjekt, welches mit dem Selbst, das sich da organisiert, identifiziert wurde, ohne dessen Partizipations- und Gestaltungsspielräume genügend zu beachten. Der Eindruck, den die Rechtsstaatlichkeit (4) der bürgerlichen Gesellschaft auf solche „selbstorganisierten Projekte“ machte, wäre eine eigene Untersuchung wert.

Feststellen läßt sich, daß die Organisation der „Arbeiterklasse“, so wie sie sich historisch vollzog, weit hinter den Erwartungen zurückblieb, die man zuvörderst in sie gesetzt hatte. Da, wo sie als Institutionszusammenhang heute noch existiert, Verwaltungsmasse einiger weniger, hat sie jede Hoffnung der Überwindung bürgerlicher Vergesellschaftungsformen aufgegeben und damit jeden emanzipatorischen Gehalt. Durch revisionistische Strömungen (5), unausgereifte Organisationsmodelle und mangelnde herrschaftskritische Reflektion auf die eigenen Strukturen, durch eben jene Identifizierung von Organisation mit Staat, ist aus einer progressiven Bewegung umhenge Institution geworden. In einem gewissen Sinne sind viele Versuche der Selbstorganisation innerhalb der Arbeiterbewegung in der bloßen Selbstständigkeit geendet, und damit zu stumpfen Waffen im Kampf um bessere gesellschaftliche Verhältnisse geworden.

Wer?Wo?Wie?-

Hauptsache organisiert?

Ich habe versucht zu zeigen, daß mensch in gewissem Sinne auch anhand der historischen Entwicklung der Arbeiterbewegung von Selbstorganisation sprechen kann. Und zwar genau dann, wenn man das Subjekt einer solchen Organisation unter der Kategorie „Arbeiterklasse“ faßt und diese bspw. auf die Mitgliedslisten der sozialistischen Bewegung bezieht. Daran konnte zum einen der historischen Hintergrund ausgeleuchtet werden, auf dem überhaupt von einer

gesellschaftlich-progressiven Organisation geredet wurde, und zum anderen zeigte sich, daß gerade das Verhältnis von Subjekt der Selbstorganisation und Art und Weise der Organisation von zentraler Bedeutung ist. Eine nähere Bestimmung sowohl jenes Subjektes, das sich da organisiert, scheint notwendig, ebenso wie die Prüfung der Mittel, Techniken und Praktiken von selbstorganisierten Projekten. Denn deutlich ist: heute bspw. Mitglied in einer der klassischen Gewerkschaften zu sein, hat weder emanzipatives Potential, noch hebt sich diese Organisationsform wesentlich von staatlicher Verwaltung ab. Interne Hierarchien und Kontrollsysteme, Legitimations- anstelle von Partizipationsprozessen, zentrale Bürokratie und Verwaltung prägen das Bild.

Dabei haben sich die Mittel von Kommunikation und Assoziation im letzten Jahrhundert enorm ausgewachsen. Überhaupt scheint mit der fortschreitenden Entwicklung der Mittel und Techniken, die Anwendung immer weiter degeneriert zu sein. Dem Anspruch und der Notwendigkeit, sich den Problemen der bürgerlichen Vergesellschaftung gemeinsam und solidarisch zu stellen, steht die individuelle Isolation in der modernen Gesellschaft gegenüber. Und von hier ist auszugehen. Denn diese gesellschaftliche Isolation, die dem Individuum so unüberwindlich scheint und durch allerlei Mechanismen der bürgerlichen Gesellschaft reproduziert wird, ist eben nicht Folge der je eigenen Individuation, sondern Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse. Und genau hier findet eine wie auch immer stilisierte Individualität ihre Grenze in dem Sinne, daß dahinter ein breites Feld von Möglichkeitsspielräumen darauf wartet, von Menschen gemeinsam und solidarisch gestaltet zu werden. Es ist genau das Feld, in dem das Individuum seine/ihre je einzelnen Bedürfnissen als mit anderen gemeinsame entdeckt. Diese Gestaltungsmacht ist der (rechts)staatlichen notwendig entgegenzustellen.

Deshalb soll und muß Selbstorganisation das Individuum nicht etwa eingrenzen oder unterdrücken, sondern soll und muß sich neben der gemeinsamen Lösung kollektiver Notwendigkeiten auch gerade dadurch ausweisen, daß sie die konkret individuellen Handlungsspielräume erweitert. In dem Sinne, wie dadurch Emanzipation von staatlicher Bevormundung möglich und wirklich wird, ist Selbstorganisation auch aktuell, progressiv und emanzipativ, auf eine bessere Geselligkeit der Menschen gerichtet. Und eben das unterscheidet Selbstorganisation auf ihrem historischen Hintergrund von korporatistischen und hierarchischen Organisationsformen, die immer auf die Bescheidung individueller Entfaltung jedes Einzelnen und aller zielen. Verantwortung statt Loyalität, Vertrauen statt Kontrolle, Solidarität statt Konkurrenz, Gemeinsamkeit statt Isolation, Geselligkeit statt Verwaltung – so könnte mensch die Signatur der richtigen, weil bedürfnisbefriedigenden und emanzipativen Organisation beschreiben. Es ist dies die Idealform der Selbstorganisation, die auch nur dann eine Chance auf Verwirklichung hat, wenn sie die gestalten, die auch betroffen sind. Über die Mittel und Art und Weise dagegen kann und muß viel gestritten werden. Sowohl ein monatlicher Lektürekreis als auch eine wöchentliche Nachbarschaftsrunde können entwickelte Formen der Selbstorganisation sein, genauso wie dem Namen und Anspruch nach „selbstorganisierte Projekte“ in der Pflicht sind, ihre eigene Organisationsform selbstkritisch auf korporatistische Elemente, Kontrollmechanismen, interne Hierarchien und Partizipationsverluste zu prü-



fen, wollen sie ihrem eigenen Anspruch gegenüber gerecht bleiben. Niemand ist vor der Fehlbarkeit der eigenen Vorstellungen sicher, aber das ist kein Grund, es nicht zu versuchen. Schließlich ist Organisation kein Muß, wie die linke Orthodoxie nicht müde wird zu predigen, die Welt muß nicht besser werden, aber sie kann, das allein ist den Gedanken und den Versuch wert. Selbstorganisation ist deshalb für mich in dem oben beschriebenen Sinne der Vorschein eines besseren Lebens, das über meine bloße Selbständigkeit hinausweist, eben auch eine Kulturfrage.

Denn das wäre doch von der zukünftigen Entwicklung von Geselligkeit zu erwarten, daß sie Zufriedenheit, Glück und ein schönes Leben ermöglicht, unabhängig von den denkbarsten individuellen Unwägbarkeiten. Dazu ist meines Erachtens und im Blick auf die historische Entwicklung das Zurückdrängen der staatlichen Verwaltung nur die Kehrseite derselben politischen Aufgabe, die da heißt: Laßt Euch nicht organisieren, organisiert Euch selbst!

(clov)

(1) Der sächsische „Landesvater“ Milbradt sprach sogar jüngst im Landesparlament von der notwendigen Selbstorganisation der Bürger. Im Alter kann mensch schon einmal durcheinanderkommen, oder weiß Herr Milbradt letztlich gar nicht, wie Selbstorganisation und Selbständigkeit zu unterscheiden wären. Ein Hoch auf die Weisheit der politischen Führer.

(2) Der Begriff zielt hier auf die liberalen Versuche ab, den Menschen mit einem quasi unveränderlichen Kern, seiner Natur, über die er nicht hinaus kann, zu identifizieren. Freilich sind diese Versuche alle ohne wesentliche Ergebnisse geblieben, da der Mensch sich gerade durch seine Varianz, Offenheit und Geselligkeit auszeichnet, die eben nur im Kontext sozialer Beziehungsgefüge erklärbar wird.

(3) Hier ist vor allen Dingen gemeint, daß bestimmte, eng umschriebene Rollenerwartungen an das Individuum heranreten, innerhalb derer die Entfaltungsspielräume extrem begrenzt bleiben. In diesen Rollenbildern werden so Hierarchien bspw. als selbstverständlich geltende Konvention reproduziert und psychologisch durchgesetzt.

(4) die nur abstrakte Subjekte, die Rhetorik der Kommentare und die Willkür der Richter kennt.

(5) Eduard Bernstein (s. auch *Feierabend!* #16 *Zum Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie*) bspw. identifizierte staatliche Verwaltung eindeutig mit sozialistischen Organisationen und trieb damit die Degeneration der Sozialdemokratie voran.

...Fortsetzung von Seite 1..Non! Nee! Nö!“

sondern auch mitgestalten zu können, also das, was oft die „neoliberale Globalisierung“ genannt wird, nach eigenen Vorstellungen und militärisch flankiert weltweit durchzusetzen. Rot-Grün hat nicht nur Deutschland wieder zum militärischen Akteur werden lassen, sondern kämpfte verbissen, um eine weltweite und europäische Spitzenposition Deutschlands, nicht was Lebensqualität sondern was politische und wirtschaftliche

Macht, also letztlich

die Macht

deutscher politischer Eliten

angeht.

Deutschland als Großmacht

war allerdings

nur möglich, im

Rahmen einer Weltmacht EU, deren

Entwicklung von der Bundesregierung vorangetrieben wurde.

Auf wirtschaftlicher Ebene sind hier beispielsweise der Wachstums- und Stabilitätspakt im Rahmen der Währungsunion und die Lissabon-Strategie¹ zu nennen, die von der deutschen Politik in der EU durchgesetzt wurden und innenpolitisch in allen EU-Staaten einen Zwang zu Sozialabbau darstellen, dem gerne weitgehend entsprochen wurde.

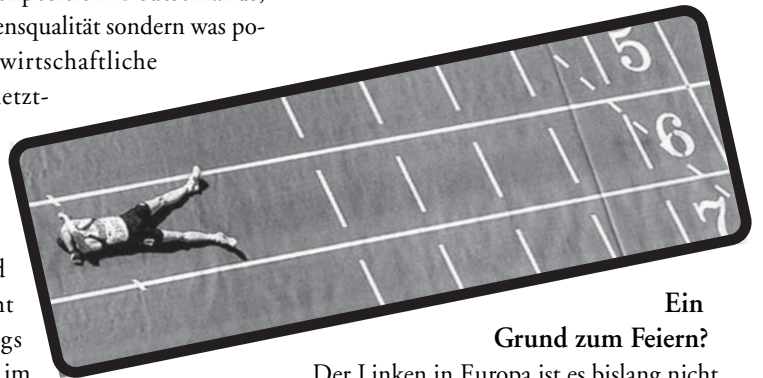
Ähnliches gilt für die Militarisierung, die unter dem Label GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) vor allem von Deutschland und Frankreich initiiert und vorangetrieben wurde.

Im Verfassungsvertrag der EU ist ausdrücklich eine Aufrüstungsverpflichtung² enthalten und die Gründung einer europäischen Rüstungsagentur vorgesehen.

Durch die Gründung des EU-weiten Rüstungskonsortiums EADS und die gemeinsame Bestellung von 180 Großraumtransportern Airbus A400-M wurden die industriellen und logistischen Voraussetzungen für weltweite robuste Militäreinsätze geschaffen.

Seine rot-grüne nationale Entsprechung fand dies in der Beteiligung der Bundeswehr an zahlreichen Einsätzen seit 1999³ und deren Umstrukturierung zur Interventionsstreitmacht, verschleiern als „Standortschließung“ diskutiert. Flankiert wurden diese, im Allgemeinen unpopu-

lären, Entscheidungen von nationalistischer Rhetorik, dem Gefasel von Sachzwängen der Globalisierung (die von den gleichen Akteuren erzeugt und vertraglich festgehalten wurden) und auf nationaler wie europäischer Ebene mit verschärfter Repression und Sicherheitsgesetzen. (*Feierabend!* #16 „Lust auf Verfassung“)



Ein Grund zum Feiern?

Der Linken in Europa ist es bislang nicht gelungen, diesen Großmachtplänen effektiven Widerstand entgegenzusetzen, während die extremen Nationalisten in Deutschland, den Niederlanden, Italien, Frankreich und Spanien vom Schreckgespenst der Globalisierung und der Tatsache, dass sich der Staat zunehmend unbeliebt machte, profitieren konnten und als Rechtsaußen, von dem sich die Regierungen als Mitte abgrenzen konnten, von diesen oft unterstützt wurden⁴. Für die Herrschenden Europas eine gute Ausgangsposition, um Reformen in ihrem Sinne durchzusetzen, Ausbeutung und Unterdrückung zu intensivieren und sich so die Ressourcen anzueignen, um weltweit führend zu werden. Widerstand ließ lange auf sich warten: Die Studentenproteste der letzten Jahre zündeten nicht, Teile der Friedensbewegung ließen sich von Zivilmächtsrhetorik einlullen, die Montagsdemonstrationen ebten ab und wurden später ignoriert. Nicht durch wütende Massenproteste, sondern durch nüchterne Wahlen wurde nun den Regierenden ein Strich durch die Rechnung gemacht.

Eine Analyse fällt schwer: In Nordrhein-Westfalen muss aus bürgerlicher Sicht von einem Rechtsruck gesprochen werden, denn von den etablierteren Parteien konnten nur CDU und NPD Stimmen hinzugewinnen, während v. a. SPD, FDP und Grüne deutlich Stimmen einbüßten.

Deutlich mehr Menschen als im Mai 2000 wählten allerdings unbedeutende Kleinst-Parteien oder ungültig. Beim Referendum in Frankreich stellt sich die Sache noch komplizierter dar. Einerseits deutet die hohe Beteiligung (knapp 70%) und die zuletzt intensive öffentliche Debatte darauf hin, dass die Wähler gute Gründe für ihre Entscheidung hatten. Die europaweiten Protagonisten des Verfassungsvertrages und die parlamentarische Opposition in Frankreich versuchten die gelaufene Debatte über das Machwerk zu negieren und das Referendum auf ein Votum gegen Chirac zu reduzieren. Die politische Mitte versucht, v. a. nationalistische, also die Argumente der Rechten, und kleingeistigen Konservatismus für die Ablehnung der Verfassung verantwortlich zu machen, während die französischen „Sozialisten“ und europaweit die Linke die Entscheidung für sich vereinnahmen wollen: Die Verfassung sei abgelehnt worden, weil sie neoliberal ist.

Beides, nationalistische und globalisierungskritische Beweggründe, passen jedoch zusammen, v. a. in Frankreich, wo sich auch die kämpferische Arbeiterbewegung oft national, z. B. hinsichtlich ihrer Streikkultur, als etwas Besonderes begreift und reflexartig widerständig auf Beeinflussungsversuche aus Deutschland und den USA reagiert.

Wahlen verändern nichts, sonst werden sie verboten

Letztendlich hat das „Volk“, also eine bürokratisch abgegrenzte, vielfältige Menge von mehreren Millionen Menschen abgestimmt. Die Ergebnisse solcher Verfahren sind zwangsläufig absurd und lassen nie eindeutige logische Schlüsse auf die Beweggründe der Einzelnen zu. Dennoch zeigt sich selbst bei solch minimalen demokratischen Elementen, dass die politische Klasse sich erklären muss und nicht zu weit abheben kann, da sie dann doch, alle vier bis sechs Jahre, wieder zwischenlanden muss und dann evtl. ausgewechselt wird. Das haben die Regierenden in den letzten Jahren offensichtlich vergessen und so tatsächlich viel Vertrauen in das politische System verspielt. Dieses Vertrauen mag nun kurzfristig wiederhergestellt sein, denn die Regierenden erhielten ja nun ihre

Quittung. Und doch ist hier nicht nur die CDU gewählt worden, sondern in Frankreich wie in NRW ist auch ein „Non!“ gewählt worden. Die Krise ist nicht vorbei, denn in den westeuropäischen Staaten kann es sich gegenwärtig kaum eine Regierung realistisch ausmalen, wieder gewählt zu werden, außer aus reiner Alternativlosigkeit heraus, wie zuvor schon in Großbritannien Blair wieder gewählt wurde, in Frankreich Chirac gegen Le Pen eindeutig das kleinere Übel war und Schröder eigentlich auch nur mit „Weg mit Kohl“- und „Stoppt Stoiber“-Kampagnen erfolgreich sein konnte. Auch die, die in Deutschland im Herbst CDU wählen, wissen, dass das Ergebnis wieder nur eine Allparteienregierung sein wird, die in der folgenden Wahl erneut abgewählt, d.h. personell umbesetzt wird, und damit keineswegs eine Wende zum Guten erreicht wird, sondern nur der illusorischen Hoffnung auf ein kleineres Übel entsprochen wird. Dieser Teufelskreis kann sich noch ewig hinziehen, solange die Menschen erst auf die Frage der Regierenden, auf verfassungsmäßig obligatorische Wahlen, warten, um ihr „Non!“ zu artikulieren. Doch die gegenwärtige und sich weiter verschärfende Vertrauenskrise ist ein guter Anlass, das „Non!“ zunehmend auf die Strasse und in den Alltag zu tragen. Hoffnungsvolle Vorbilder gibt es derzeit: In Mittel- und Lateinamerika wurden in den letzten Monaten nicht nur reihenweise Regierungen gestürzt und durch Links-Parteien ersetzt. Nein, auch diesen Linksparteien wird keine Ruhe gelassen, ihre alltäglichen Entscheidungen werden von Massenprotesten begleitet und es ist den Regierenden nicht mehr möglich, eine Außen- und Wirtschaftspolitik zu betreiben, die kapitalistischen, „westlichen“ Standards genügt. In Bolivien und Venezuela wurden die Steuern für Ausländische Förderunternehmen von Erdöl und Erdgas auf Druck der Bevölkerung so weit erhöht, dass ein Eingreifen der USA droht, dennoch hält der Druck an und in Bolivien musste Mesa Anfang Juni erneut seinen Rücktritt erklären. Der brasilianische Präsident „Lula“ wird durch Massenproteste der Landlosenbewegung zur Fortsetzung seiner Umverteilungspolitik gezwungen, die bei den

Protagonisten des Neoliberalismus und in Diplomatentreifen Kopschütteln bis blankes Entsetzen hervorrufen. Die Bevölkerungen scheinen im wahrsten Sinne des Wortes „unregierbar“ zu werden. Wenn solche Verhältnisse nicht auch hier Schule machen, und die Menschen sich darauf beschränken, ihrem Unmut in Wahlen Ausdruck zu verleihen, wird deren Bedeutung von der politischen Klasse zunehmend eingeschränkt werden (So wie es auch durch die Verfassung geplant war, die dem EU-Parlament, einer ohnehin nicht repräsentativen, aber immerhin gewählten Institution kaum Rechte einräumte). Das zunehmende Misstrauen gegenüber dem liberal-demokratischen System kann dann von nationalistischen Kräften genutzt werden und sich in wachsenden Stimmanteilen rechtsradikaler Parteien, weiterem Demokratieabbau und einer zunehmend faschistoiden Gesellschaft auswirken.

Das Nein geht auf die Strasse, das Ja sieht auf Zusehen hin zu.

maria

¹ „Beim Lissaboner Frühjahrsgipfel der Europäischen Union Jahr am 23. und 24. März 2000 haben die Staats- und Regierungschefs eine wirtschafts- und sozialpolitische Agenda beschlossen. Ziel dieser so genannten Lissabon-Strategie ist es, die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.“ (www.bundesregierung.de)

² „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Artikel 1-40, Abs. 3)

³ KFOR (Kosovo, seit 1999), INTERFET (Ost-Timor, 1999), Task Force Fox (Mazedonien, 2001), Enduring Freedom (versch. Orte, seit 2001), ISAF (Afghanistan, seit 2002), Artemis (Demokratische Republik Kongo, 2003), Concordia (Mazedonien, 2003), UNMIS (Sudan, 2005)

⁴ Hinsichtlich Deutschlands sei dabei an den durch das Innenministerium vereitelten Verbotsantrag gegen die NPD erinnert, in dessen Verlauf sich herausstellte, dass ein Drittel der NPD-Kader auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzs/Innenministeriums steht.

Forces of Labor

Arbeiterbewegungen und
Globalisierung seit 1870

Do, 14.7.

19.30 Uhr

El-Libro

Bornaische Str. 3d

Tram Connewitz Kreuz

Infos: www.wildcat-www.de

„It's going to be Anarchy“

Aktivist zum G8 Gipfel 2005 in Schottland

Der diesjährige G8-Gipfel findet vom 6. bis 8. Juli im Hotel „Gleneagles“, Schottland, statt. Dort treffen sich, umgeben von einem ziemlich großspurigen Golfplatz, die politischen Repräsentanten der acht stärksten Ökonomien der Welt, um in ihren eigenen Worten, „die Effekte der Globalisierung zu verwalten“. Das Treffen ist im Wesentlichen eine der Verwaltungsinstitutionen des internationalen Kapitals.

Für die gesamte Woche sind Protestaktionen geplant, wie z.B. „Make Borders History“ (Grenzen zu Geschichte machen), ein „Carnival for Full Enjoyment“ (Karneval der vollen Freude), eine Blockade der Faslane Raketenbasis, lokale Aktionen gegen Straßenbau in Glasgow, Aktionen an einem Flüchtlingsinternierungslager, Blockaden am 6. Juli, Aktionen gegen Klimaveränderung am 8. Juli. Neuigkeiten über Aktionen, Anlaufpunkte (convergence center) und Schlafplätze sind unter www.dissent.org.uk zu finden.

Als sich die G8 das letzte Mal in Großbritannien (UK) im Jahr 1998 trafen (mit dem Umbau der Ökonomie ganz oben auf der Tagesordnung), fand eine *street party* mit einigen Auseinandersetzungen statt, die nur wenig Aufmerksamkeit bekam. Das G8 Treffen in Köln 1999 wurde durch einen Karneval gegen Kapital in der Londoner Innenstadt begleitet, der zu einem massiven „festival of the oppressed“ (Festival der Unterdrückten), Angriffen auf Banken und anderen Zentren des Kapitals und der größten Straßenaktion seit den Poll Tax Riots von 1990 führte. Dies inspirierte Aktionen in Seattle im November 1999 und die ‚antikapitalistische‘ Bewegung, die sich

nicht betrachten solche Dinge nach fünf oder sechs Jahren als alten Hut, am Rande der Ritualisierung. Doch viele von uns sind auch an lokalen Kämpfen beteiligt – zu Arbeitslosigkeit, am Arbeitsplatz oder zu Wohnbedingungen. Zum Beispiel bildete sich in den 90ern ein Arbeitslosen-Widerstands-Netzwerk, das die Kräfte von Arbeitern, die gegen die Ausdehnung prekärer Arbeitsverhältnisse kämpften, wie etwa die Reinigungskräfte im Hillingdon Krankenhaus und die Liverpooler Hafenarbeiter, vereint. Dieser Widerstand wurde internationalisiert, indem sich Hafenarbeiter in den USA und andernorts weiterten, Container aus dem Hafen von Liverpool zu entladen. Gleichzeitig argumentieren Leute, die an direkten Aktionen beteiligt sind, daß Arbeitslosenaktivismus demoralisierend sein kann, es sei zu wahrscheinlich, daß das Ganze in einer Fall-zu-Fall Konfrontation endet und man den Blick für das ganze Bild verliert.

Die diesjährige G8 bieten eine Gelegenheit, diese Verzettelung zu überwinden und dauerhafte internationale Verbindungen im Kampf gegen Prekarität zu schaffen. Wir sind auch von den jüngsten Aktivitäten in Rom und Mailand inspiriert worden und denken, daß es an der Zeit ist, im UK etwas neues zu probieren.

Der „Carnival for Full Enjoyment“ ist eine Initiative von verschiedenen Graswurzelgruppen in Schottland und darüber hinaus, die das Ziel verfolgen, am 4. Juli mit viel Party und Protest eine starke Verbindung zwischen dem Widerstand gegen G8 und unseren täglichen Kämpfen auf Arbeit, außerhalb von Arbeit und in unseren Gemeinschaften herzustellen. Es wird ein lauter Karneval mit Sambabands und Musikanlagen werden, der sich durch die

Innenstadt von Edinburgh bewegt und verschiedene Gewerbe und Institutionen, die für die wachsende Unsicherheit unseres Lebens im Kapitalismus verantwortlich sind, anläuft. Das Ziel ist nicht, einzelne Bereiche des Kapitals zu fetischisieren (wie etwa Banken oder Feindbilder wie McDonalds), sondern sich auf die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitals zu fokussieren, wo

sie das tägliche Leben dominieren und es in Überlebenssituationen verwandelt.

Die Gruppe, die diese Aktion organisiert,



zunächst Arbeitsgruppe gegen Arbeit genannt, entstand im Oktober 2004 auf dem Beyond-ESF-Treffen in London (s. *Feierabend!* #15) aus einer Diskussion über Arbeitslosenkämpfe und über Widerstand gegen die vom Kapitalismus erzeugten Unsicherheiten. Das heißt nicht, daß wir denken, jeder sollte einen „echten“ Job haben, sondern, daß unsichere Bedingungen mehr Arbeit bedeuten und ein stärkeres Vordringen der Welt der Arbeit in alle Bereiche des Lebens.

Wir wünschen uns eine weitreichende Beteiligung damit eine wirklich internationale Aktion zustande kommt. Das ist besonders wichtig, da viele der sozialen Kürzungen und ökonomischen Unterdrückungen, die wir in den letzten 20 Jahren in Großbritannien erlebt haben, nun auf einer massiven Basis in ganz Europa (siehe etwa Hartz Gesetze) und darüber hinaus durchgesetzt werden. Hier können wir den Weg für die Verbindung unseres eigenen lokalen und persönlichen Widerstandes gegen die neo-liberalen Maßstäbe zu einer großen globalen Ablehnung des gesamten Lohnarbeitersystems, der Welt der Grenzen und des Geldes finden.

Carnival for Full Enjoyment
dissentagainststwork@yahoo.co.uk
(Übersetzung *Feierabend!*)

INFO:

www.wombles.org.uk

www.nodeal.org.uk

www.precarity.info



Anmerkung der Übersetzer:

Der *Carnival for Full Enjoyment* hat es auf die Titelseite der „Edinburgh Evening News“ gebracht. In großen Lettern sagt die Zeitung „Anarchy“ für den 4. Juli voraus. Sie druckte auch eine Karte der Innenstadt Edinburghs ab, mit vermeintlichen Zielen des Carnevals. Leider wird es am 4. Juli nicht zur Anarchie kommen, denn das ist nicht an einem Tag zu schaffen. Der Artikel zielt darauf ab, unter den „guten Bürgern“ Edinburghs Angst zu verbreiten und vorab eventuelle Polizeigewalt zu rechtfertigen.



entwickelte. Nun, da G8 in das UK zurückgekehrt ist, haben wir mehr soziale Kürzungen in Europa und darüber hinaus gesehen, Privatisierungen und Zwangsarbeitsmodelle. Wir sind uns über die Kritik im Klaren, daß Massenaktionen zu Gipfeln sehr spektakulär sein können, aber nur wenig zu Veränderungen im täglichen Leben der Leute beitragen. Ei-

Wer erteilt wem 'ne Lektion?

Über die SchülerInnenbewegung in Frankreich

Das Bildungswesen hat in den letzten Monaten wieder im Fokus der Politik gestanden – in Frankreich wie in der BRD. Freilich schauen die Herren und Damen Politiker dabei durch die Brille „ökonomischer Notwendigkeiten“: im Zentrum der Angleichung der Bildungswesen in der EU steht die „Beschäftigungsfähigkeit“ der SchülerInnen.

In dem Land, in dem Louise Michel einst die Alphabetisierung der Armen betrieb, und in dem 1881 die allgemeine Schulpflicht eingeführt wurde, trägt die aktuelle Schulreform den Namen des Bildungsministers: Fillon. Das „Rahmengesetz zur Zukunft der Schule“ brachte seit Mitte Januar Zehntausende SchülerInnen auf die Barrikaden, zielt der Minister doch v.a. auf Kostensenkung ab. Damit einher würden nicht nur Stellenkürzung bzw. Unterbesetzung gehen: in den Oberschulen werden 2005 7.000 LehrerInnen weniger unterrichten. Die Fillon-Reform soll auch das Fächerangebot schmälern und die Abiturstufe von 4 auf 3 Jahre verkürzen. Dabei hatte man in Paris auch an die „Dezentralisierung“ der Abiturprüfungen gedacht – Überlegungen, die auf breite Ablehnung unter SchülerInnen, Lehrenden und Eltern gestoßen sind und in den Mobilisierungen eine wichtige Rolle spielten. Befürchtet wird nämlich, dass sich mit den Abiturprüfungen auch ihre Wertigkeit ausdifferenziert und also die Ungleichheit der Ausstattung im Unterricht im Abschluss festgeschrieben wird.

Einem landesweiten Aufruf folgten am 10. Februar, in den Ferien 100.000 SchülerInnen – die Regierung jedoch ist entschlossen, nicht nachzugeben. Ebenso wenig sind es die SchülerInnen: während die Schulreform im Parlament verhandelt und am 24.3. auch verabschiedet wird, geht die Bewegung in die nächste Runde, die ihren demonstrativen Höhepunkt Mitte März mit 200.000 TeilnehmerInnen überschritten hatte. Die neue Aktionsform heißt *Schul-Besetzung* und gab der Bewegung den neuen Schwung, den sie brauchte. Die Schülergewerkschaft FIDL, die der sozialdemokratischen Partei PS nahesteht und sich inzwischen für juristische

Sanktionen gegen aktive SchülerInnen ausspricht, berichtet Anfang April von Bewegungen in 370 Schulen des Landes; Mitte desselben Monats werden 780 besetzte oder blockierte Schulen gezählt.

Es lässt sich für die gesamten Proteste der SchülerInnen festhalten, dass die offiziellen Verbände FIDL und UNL die Kontrolle verloren haben und die Initiative bei sogenannten Schüleraktionskomitees (CAL) gelegen hat. Die CAL hatten dazu aufgerufen, ab dem 21.3. die Schulen zu besetzen. In der ersten Aprilhälfte gehen die Aktionen weiter. Während die Zahl der DemonstrantInnen mit einigen Tausend TeilnehmerInnen in Paris auf relativ niedrigem Niveau bleibt, kommt es nun regelmäßig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den „Ordnungskräften“ der Republik. Letztere gehen nämlich nicht nur gegen Besetzungen öffentlicher Gebäude vor, sondern machen sich auf Weisung des Ministers an die Räumung blockierter Schulen und zerstreuen Demonstrationen mit Tränengas und Gummiknüppeln. Die Situation spitzte sich zu, als am 20.4. fast 200 SchülerInnen und auch Lehrer einen Flügel des Bildungsministeriums in Paris besetzten und allesamt in die umliegenden Polizeireviere verfrachtet wurden. Neun von ihnen hielt man noch zwei Tage darauf fest und führte sie schließlich dem Haftrichter vor: ihnen drohen Haftstrafen bis zu fünf Jahren und Geldbußen von 45.000 Euro!

Unter dem Druck der Straße waren in der Parlamentsdebatte übrigens Budgeterhöhungen gebilligt worden, die am 22.4. allerdings vom Verfassungsrat beanstandet wurden. Dieser annullierte auch zwei Artikel des Fillon-Gesetzes, darin ging es um den Bildungsauftrag der Schule und um Zielvorgaben; begründete seine Entscheidung aber mit Formfehlern des Ministeriums – so dass das Gesetz nicht in Kraft treten kann. Nach der Regierungsneubildung infolge des EU-Referendums hat der neue Bildungsminister De Robien angekündigt, die beiden Artikel per Dekret durchzusetzen. Dies soll am 16. Juni geschehen, allerdings erst nach Absprache mit den Gewerkschaften.

Nach den Schulferien Ende April ist es aber nicht gelungen, die massive Mobilisierung aufrecht zu erhalten, obwohl es auch im Mai noch einige

Demonstrationen gab. Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt gegenwärtig auf Flugblattaktionen, sowie der Presse- und Soli-Arbeit. Denn nach Monaten des Protests hat nun die Stunde der juristischen Verfolgung geschlagen. Die ersten Prozesse haben schon im März und April stattgefunden. Zeitgleich begann Fillon am 12.4. einen „Dialog“ mit den offiziell anerkannten, aber marginalisierten Verbänden FIDL/UNL, die die Demos und Aktionen nicht mehr unterstützten. Das Angebot des Ministers lautete, die Dezentralisierung des Abiturs zu verschieben.

Verhandelt werden im Gerichtssaal unterdessen „Beschädigung öffentlichen Eigentums“ und „Widerstand gegen Beamte“. In Bayonne wurden deswegen zwei Schüler zu zwei Jahren auf Bewährung, 6.000 Euro Geldstrafe und 800 Arbeitsstunden verurteilt, ein anderer soll den Wurf einer Bierdose mit 1.000 Euro bezahlen. Insgesamt sind noch etwa 40 Verfahren anhängig, die teilweise aber erst Ende dieses oder im Laufe des nächsten Jahres eröffnet werden sollen – so der Fall der Neun vom 20. April*. Die meiste Aufmerksamkeit hat sicherlich das Verfahren von Samuel Morville, eines „Rädelsführers“ der CAL und Aktivisten der *Alternative libertaire*, erfahren: allein wegen angeblicher Beleidigung eines Kommissars, und (so der Staatsanwalt) um ihm „eine Lektion [zu] erteilen“, wurden dem Schüler 500 Euro Buße und fünf Monate Bewährung aufgebürdet. Inzwischen hat sich auch ein Solidaritätskomitee gegründet, das verschiedene Organisationen und Gewerkschaften, aber auch Einzelpersonen versammelt: erster Ansatzpunkt ist zunächst die Forderung, alle juristischen Verfolgungen einzustellen,



Fortsetzung auf Seite 20...



„Tag der Solidarität“?

Streik gegen Umsonstarbeit am Pfingstmontag

Für den diesjährigen Pfingstmontag hatte sich die französische Regierung etwas Besonderes ausgedacht: Den Tag der „Solidarität für die Selbstständigkeit älterer und behinderter Personen“. An diesem sollen die ArbeiterInnen, für lau schufteten (selbständige Bauern und Geschäftsinhaber ausgenommen).

Es geht darum, dass die ArbeiterInnen (1) in Frankreich bis vorerst 2008 je sieben Stunden zum Nulltarif arbeiten sollen. Der gesamte Tageslohn und eine jährliche Sonderabgabe der Arbeitgeber in Höhe von 0,3%, (entsprechend dem errechneten Mehrwertzuwachs), sollen zusammen zwei Milliarden EUR einbringen, um die bisherigen Leistungen der „Beihilfe für Pflegebedürftige“ (Allocation personnalisée d'autonomie, APA) zu ergänzen. Die Mittel gehen direkt an eine *Caisse nationale de solidarité pour l'autonomie*, die nationale Kasse für Pflege, die hierfür eingerichtet wurde – und damit in den Staatshaushalt.

Begründet wird diese Maßnahme mit der Hitzewelle im Sommer 2003, bei der 14.400 alte Menschen starben. Dass es zu einer solchen Katastrophe kommen konnte, ist ein Abbild der katastrophalen Zustände, die v.a. im Urlaubsmonat August alljährlich im öffentlichen Gesundheitsdienst einkehren, vor allem wegen Personalmangels. 80 Prozent der Betroffenen starben nicht isoliert zu Hause, sondern in Krankenhäusern oder in Alters- und Pflegeheimen.

Was sind nun die Effekte dieser Neuerung? Zum einen verlängert sich die jährliche Arbeitszeit, ohne den Chefs Kosten zu verursachen.(2)

Zum anderen müssen diese nur 0,3 % des jährlichen Bruttolohns an den Staat abführen und bezahlen die an diesem Tag erbrachte Arbeitsleistung nicht.

Ein Beispiel: Im Normalfall verdient ein Angestellter 11,9 EUR/h und arbeitet 151,64 h/Monat, macht im Monat 1758,08 EUR brutto. Wenn er/sie für seine/ihre Arbeit am Pfingstmontag bezahlt werden würde, hätte er/sie Anspruch auf 101,5 EUR (plus Überstundenzuschlag). Darauf legt der Chef 40% Sozialbeiträge drauf, macht 142,10 EUR.

Im Rahmen des „Solidaritätsbeitrags“ für den neu geschaffenen Arbeitstag, führt der Chef nun 63,29 EUR statt 42,10 EUR an den Staat ab. So gehen 20 EUR mehr in die neue Sozialkasse, andererseits spart der Arbeitgeber an diesem Tag aber auch satte 80 EUR an Lohnkosten. Wer leer ausgeht, ist der Arbeitende, der den Profit ja erst ermöglicht.

Dagegen gab es landesweit heftige Proteste. Trotz des Regierungsplanes, blieben Millionen Beschäftigte – Medienberichten zufolge rund 55 Prozent – nach Streikaufrufen der Gewerkschaften zu Hause. Einen einheitlichen Streikaufruf der Gewerkschaften gab es jedoch nicht. Die Führung der (sozialdemokratisch-neoliberalen) CFDT und der „postkommunistischen“ CGT, die diese Regelung mit verabschiedet hatten, wollten auf keinen Fall für „soziales Durcheinander“ an diesem Tag sorgen, da sie fürchteten, sichtbare soziale Unzufriedenheit könnte den Ausgang des Referendums zur EU-Verfassung „gefährden“. Einen landesweiten Aufruf gab es nur von der minoritären christlichen Gewerkschaft CFTC, die keinen religiösen

Feiertag streichen lassen will. Lokal mobilisierte vor allem die anarchisierende CNT.

Am Pfingstmontag selbst funktionierten mehrere städtische Nahverkehrssysteme nur sehr partiell(3), Geschäfte blieben geschlossen, wie auch einige Schulen und Kindertagesstätten. Die französische Gewerkschaft SUD sprach von einer insgesamt 55% igen Beteiligung.

Eine Ausnahme machte das französische Bahnunternehmen SNCF. Eine blockierte Republik vor Augen (medial von J.-P.Raffarin heraufbeschworen), blieb der Pfingstmontag für die BahnarbeiterInnen, unter der Bedingung zweier täglicher unbezahlter Zusatzminuten, ein Feiertag. Diese Minuten sind zwar symbolisch (da es keine Stechuhren gibt), schlugen aber dennoch eine Bresche Richtung Arbeitszeitverlängerung und schwächen nicht zuletzt die Streikbewegung.

Was Demonstrationen und öffentliche Versammlungen betrifft, zeichnete sich die Provinz (alles außer Paris) durch massive Präsenz gegenüber der eher ruhigen Hauptstadt aus: So demonstrierten in Toulouse 4000, in Marseille 5000 Menschen, verglichen mit ca. 500 in Paris. Letztere waren hauptsächlich Schüler, die als einzige zu berufsübergreifenden Aktionen aufgerufen hatten.

Was bleibt, ist wieder mal der Eindruck, in Frankreich wird viel demonstriert und gestreikt, solange dies aber im institutionellen Rahmen verharret, erstarrt jede Bewegung zum Symbol und der Sozialabbau schreitet höchstens anders aber dennoch voran.

hannah

Fortsetzung von Seite 19

zum zweiten sollen evtl. Anwaltskosten und Bußgelder kollektiv getragen werden.

Derweil haben die SchülerInnen, die den Unterricht mehrere Wochen oder gar Monate boykottiert und den Protest organisiert hatten, nicht nur mit dem Strafbuch, sondern auch mit der Schulordnung zu kämpfen. In vielen Schulen müssen die Aktiven das Schuljahr wiederholen, oder werden im kommenden

Schuljahr nicht mehr aufgenommen.

Apropos nächstes Schuljahr: die Proteste sollen im September weitergehen, sogar noch umfassender. Aber es ist nicht das erste Mal, dass die Sommerferien zum Grab einer Bewegung werden. Mit eben jener Parole hatte sich 2003 die Niederlage der LehrerInnen abgezeichnet. A.E.

*) Darunter Mitglieder des Pariser CAL, der CNT und ein Lehrer, der in der SUD organisiert ist.

1 - Zwar kann der Arbeitgeber nicht allein entscheiden, ob ein Feiertag zum Arbeitstag wird, allerdings hatten nicht alle Belegschaften die Möglichkeit, zu verhandeln.

2 - Schon die jährliche statt wöchentliche Arbeitszeitbemessung, erlaubt es den Chefs Überstunden umzulegen, statt als solche zu bezahlen, und die Arbeit insgesamt zu flexibilisieren.

3 - Z.B. streikten im Toulouser Nahverkehr nach Angaben der Direktion 74%, in Lyon folgten Busse und Bahnen dem Fahrplan nur sporadisch.

Der Irak nach 25 Monaten Besetzung

Ganz schön verwirrend, was man an Informationen über die Situation im Irak serviert bekommt: tägliche Meldungen über Razzien der Besatzungsarmee oder/und islamistische Terrorattentate.

Von wem nicht gesprochen wird (außer wenn Wahlen abgehalten werden sollen), ist die Bevölkerung, da diese in den politischen Strategien, welcher Seite auch immer, kaum Platz hat.

Dass sich gerade die unteren Klassen nach dem Sturz Husseins zu Wort und Tat melden, wird bei genauerem Hinsehen deutlich. War der Irak vor dem Angriffskrieg der „Koalition der Willigen“ eine Diktatur, so kämpfen heute alle politischen Gruppierungen um die Macht. Derweil lebt die zivile Bevölkerung unter extremsten Bedingungen. Bei einer geschätzten Einwohnerzahl von 25 Millionen, sind 50 - 75 % der Erwerbsbevölkerung (rund 7 Millionen) arbeitslos. Dies hat häufig Hunger und Obdachlosigkeit zur Folge; die Erwerbslosen können oft nicht die nötigen Kosten für den Lebensunterhalt einer Familie (umgerechnet 4 0 0 - 5 0 0 EUR im Monat) aufbringen.⁽¹⁾ Da es keine Arbeitslosenunterstützung gibt, versuchen die meisten durch illegalisierte Einkommen zu überleben oder durch die Grundnahrungsmittel (Mehl, Speiseöl) des UN-Programms „Food for Oil“.

Durch den Krieg der Koalition wurden große Teile lebenswichtiger Einrichtungen zerstört. Die Versorgung mit Trinkwasser, Strom und Medizin ist teilweise zusammengebrochen. Der „Politische Rat des Mittleren Ostens“⁽²⁾ geht davon aus, dass der Wiederaufbau des Irak zehn Jahre dauern und 200 Mrd. Euro kosten wird. Zudem hat die 12 Jahre

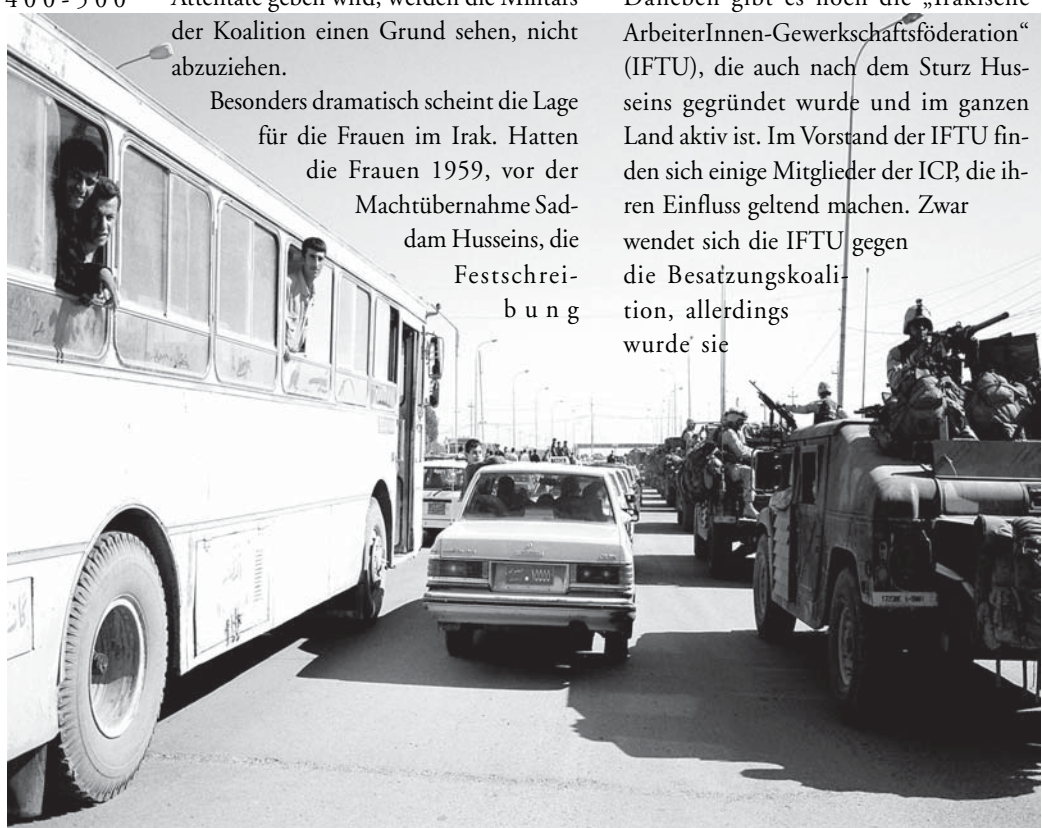
dauernde Wirtschaftsblockade in der Bevölkerung schwere Spuren der Verarmung hinterlassen. Nach der militärischen Befreiung von der Hussein-Diktatur kam es zudem in Ministerien und Behörden zu zahlreichen Zerstörungen und Plünderungen, und zu Massentlassungen. Die alliierte Übergangsverwaltung entließ u.a. etwa 400.000 Soldaten der irakischen Armee aus dem Staatsdienst. In den verstaatlichten Betrieben, wo sich rund 80% aller Arbeitsplätze befanden, kam es ebenso zu Massentlassungen (dort arbeiteten in der Mehrzahl Frauen). Durch diese Entwicklung wachsen Unzufriedenheit und Widerstandswille der Bevölkerung.

Des Weiteren schafft der Aufschwung eines politischen Islam ⁽³⁾ mit Terrorkampagnen zur Durchsetzung des Kopftuchgebots, Geiselnahmen, Enthauptungen, Vergewaltigungen, und einem Arbeits- und Bildungsverbot für Frauen, Unsicherheit in der Bevölkerung. Die Besetzung dient den Islamisten als Vorwand, den Terrorismus fortzusetzen – solange es Attentate geben wird, werden die Militärs der Koalition einen Grund sehen, nicht abzuziehen.

Besonders dramatisch scheint die Lage für die Frauen im Irak. Hatten die Frauen 1959, vor der Machtübernahme Saddams Husseins, die Festschreibung

einiger elementarer Rechte in der Verfassung erkämpft (Bildung, Scheidung, Kindererziehung, etc.), wurden viele dieser Rechte unter Hussein zurück genommen und schließlich „Ehrentötungen“ ⁽⁴⁾, legalisiert, die nun auch von der Interimsregierung geduldet werden. Diese schlug im Februar 2004 vor, das Zivilrecht durch die Scharia, das islamische Gesetz zu ersetzen. Dagegen wandte sich eine Koalition von 85 Frauenorganisationen, die trotz aller Unsicherheit auf den Straßen Treffen und Demonstrationen abhielten. Kurz nach dem Sturz Husseins begannen Arbeiterproteste und neue Gewerkschaften entstanden. Dabei spielten die zwei einflussreichsten marxistischen Parteien (die traditionelle „Irakische Kommunistische Partei“ (ICP) und die moderne „Arbeiterkommunistische Partei des Irak“ (WPI)), eine bedeutende Rolle. Diese stehen politisch und gesellschaftlich in einem Konkurrenzverhältnis und unterstützen jeweils andere Organisationen. (siehe Kasten, S. 22)

Daneben gibt es noch die „Irakische ArbeiterInnen-Gewerkschaftsföderation“ (IFTU), die auch nach dem Sturz Husseins gegründet wurde und im ganzen Land aktiv ist. Im Vorstand der IFTU finden sich einige Mitglieder der ICP, die ihren Einfluss geltend machen. Zwar wendet sich die IFTU gegen die Besatzungscoalition, allerdings wurde sie



im Januar 2004 von der Interimsregierung als einzig legale Gewerkschaft anerkannt. Während fast alle Gesetze des alten Baath-Regimes nach dessen militärischer Niederlage abgeschafft wurden, hält die Übergangsverwaltung an einem Gesetz aus dem Jahr 1987 fest, mit dem der Acht-Stunden-Tag abgeschafft worden war. Außerdem verbietet es in staatlichen Betrieben (das ist nach wie vor die überwiegende Mehrheit) Gewerkschaften zu gründen oder zu streiken. In einer Anordnung vom Juni 2003 droht die Übergangsverwaltung damit, alle Menschen, die „zivil Unordnung anstiften“, also „jede Art von Streik oder Unterbrechung in einer Fabrik oder einem wirtschaftlich bedeutenden Unternehmen“ organisieren, festzunehmen und als Kriegsgefangene zu behandeln.

Da sich bisher keine der um die Zentralgewalt kämpfenden Gruppen wirklich durchsetzen konnte, entstand für diese ein quasi straffreier Raum und für die Bevölkerung große Unsicherheit, der durch Organisation entgegen getreten werden soll. Da jede Organisation außerhalb der IFTU illegal ist, sind die Erfolge der ArbeiterInnen umso interessanter.

Im Januar und Februar 2005 soll es nach einem Bericht von David Bacon, der mit einer Delegation d e s U . S . Labor Against the War im Irak (5) unterwegs war, eine enorme Streik-

welle gegeben haben. Textilarbeiter in Kut, Energie- und Aluminiumarbeiter in Nasiriyah, Chemiearbeiter und Gerber in Bagdad und Landarbeiter waren daran beteiligt. Die jeweiligen Gründe waren

WPI – „Arbeiterkommunistische Partei des Irak“, 1993 gegründet, hat nach eigenen Angaben ca. 150.000 Mitglieder. Spricht sich sowohl gegen den eingesetzten „Irakischen Regierungsrat“ aus, wie auch gegen die Militärbesatzung und den terroristischen „Widerstand“. Der WPI stehen die UUI und die FWCUI nahe.

UUI – „Gewerkschaft der Arbeitslosen“, im Juni 2003 gegründet, gibt 350.000 Mitglieder an.

FWCUI – „Föderation der Arbeiterräte und Gewerkschaften im Irak“, im Dezember 2003 gegründet, gibt ebenfalls 350000 Mitglieder an.

ICP – „Irakische Kommunistische Partei“, 1934 nach Ende der britischen Kolonialherrschaft gegründet, befand sich bis in die 70er Jahre in Opposition zum arabisch-völkischen „Baath-Regime“ und koalierte 1973 mit diesem in einer Regierung einer „Nationalen Fortschrittsfront“. Seit der Machtübernahme Husseins im Untergrund, beteiligt sich an der kurdischen Selbstverwaltung und war mit verschiedenen religiösen und nationalistischen Parteien im „Irakischen Regierungsrat“ (IGC) vertreten, da ihr Generalsekretär dort zu einem Vertreter der schiitischen Bevölkerung bestimmt wurde.

IFTU – „Irakische ArbeiterInnen-Gewerkschaftsföderation“, dem Sturz der Hussein-Diktatur gegründet und im ganzen Land aktiv. Im Vorstand der IFTU finden sich Mitglieder der ICP. Die IFTU wendet sich einerseits gegen die Besatzungs-koalition, andererseits wurde sie im Januar 2004 von der Interimsregierung als einzige legale Gewerkschaft anerkannt und spricht sich grundsätzlich gegen jede Form von Militanz aus. Sie besteht aus 10 Einzelgewerkschaften.

verschieden, es gab eine Brennstoff-verteuerung, die Forderungen nach Lohnerhöhung nach sich zog, außerdem Privatisierungsdrohungen, v.a. für die Aluminium- und Energiearbeiter. Einige Streiks entwickelten sich spontan (6) – so in der Textilbranche und einer Pepsi-Cola

Fabrik in Bagdad – in anderen Fällen spielte die FWCUI eine bedeutende Rolle. Die Kämpfe waren für die Arbeiter erfolgreich: Die Chemiearbeiter sahen fast alle ihrer Forderungen erfüllt, die Energiearbeiter die Hälfte, während die Landarbeiter nur zu Teilerfolgen kamen. Im Januar 2005 gewannen Arbeiter in der chemischen und plastischen Industrie Bagdads einen Streik und gründeten ihren eigenen Arbeiterrat. (7) Die Streikenden hatten den Ausstand beendet, nachdem die Direktion sieben von acht Forderungen akzeptiert hatte. Diese drehten sich u.a. um die Erhöhung des Mindestlohns, die Abschaffung der Pflichtüberstunden, Gefahrezulagen und die Verteilung des Jahresgewinns an die Arbeiter.

Oftmals sehen sich ArbeiterInnen auch gezwungen, selbst zu den Waffen zu greifen. So organisierten im Oktober 2003 ArbeiterInnen einer Ziegelsteinfabrik nahe Bagdads eine Demonstration zum Firmensitz. Dort forderten sie Lohnerhöhungen, da drei Viertel der Belegschaft nur etwa 1,50 Euro



für einen Arbeitstag von 14 Stunden bekamen. Außerdem verlangten sie schriftliche Verträge, sowie medizinische Einrichtungen und eine Altersversorgung. Als die Chefs mit Entlassung drohten, gingen die Leute nach Hause, kamen aber mit Schusswaffen zurück und bildeten Streikposten. Dem Besitzer blieb nichts anderes übrig, als den ArbeiterInnen eine Lohnerhöhung von 500 irakischen Dinar (umgerechnet etwa 30 Cent) je Arbeitstag zu versprechen. Zudem bot er Verhandlung über eine Sozial- und Gesundheitsversorgung an, was von der Belegschaft als Sieg gefeiert wurde.

Auf einer anderen Ebene spielen sich die Kämpfe der zivilen, nicht arbeitenden und meist weiblichen Bevölkerung ab: Amjad al-Jawhartzy, Mitglied der UUI und für die FWCUI-Vertreter in den USA, sprach in einem Interview mit *alternative libertaire* im Januar 2005 von einer „zivilen Front“, die auf sozialem Gebiet, in den Städten und Stadtvierteln agiere. In einigen Vierteln hätten sich Einwohner-

komitees gebildet, die die Verteidigung gegen alle kämpfenden Gruppen organisierten. Diese bestünden aus 30-40 Wachleuten, die militärisch ausgebildet seien und das Gebiet rund um die Uhr bewachten. Angeblich gab es seitdem keine Übergriffe auf die Zivilbevölkerung mehr.

Insgesamt also kein sehr optimistisches Bild – seien es kämpfende Gruppen oder bewaffnete Militärs, um sich wirklich zu befreien, bedarf es gesamtgesellschaftlicher Selbstorganisation, die den Bedürfnissen aller und nicht denen einiger Warlords folgt.

hannah

1 - Die Besatzungsbehörde CPA zahlt Staatsbeschäftigten Löhne wie zu Husseins Zeiten, zwischen 60-180 Dollar, allerdings wurden die staatlichen Zulagen – Kinder, Unterkunft, Nahrungsmittel, Prämien – abgeschafft.

2 - „Politische Rat des Mittleren Ostens“, (The Middle East Policy Council), 1981 gegründet, um die Politik der USA im Mittleren Osten verständlich zu machen.

3 - Politischer Islam, da die Religionsfrage in die politische Arena verschoben wird.

4 - Die Männer haben das Recht, Frauen aus ihrer Familie zu töten, wenn sie meinen diese verhielten sich „unmoralisch“. Hervorstechend in der Frauenpolitik unter Hussein war die „Kampagne der Rechtschaffenheit“. Es wurde dazu aufgerufen, (angebliche) Prostituierte zu enthaupten. Die meisten dieser Frauen sahen sich zu dieser Art Gelderwerb durch das US-Embargo gezwungen, durch das viele Frauen ihre Arbeit verloren.

5 - Eine „Internationale Kampagne gegen die Besatzung und für Arbeitsrechte im Irak“ soll helfen, grundlegende Sicherheits- und Lohnstandards der ILO „Internationalen Arbeitsorganisation“ und das Recht auf freie Gewerkschaften im Irak durchzusetzen. Die Kampagne wurde von sechs Organisationen ins Leben gerufen, die sich im März 2004 im Genfer ILO Büro trafen: die FWCUI, die UUI, die „Internationale Konföderation der Arabischen Gewerkschaften“ (ICATU) und das „Internationale Verbindungskomitee der Arbeiter und Völker“ (ILC), sowie die gewerkschaftliche Antikriegsgruppe „US Labor Against the War“ (USLAW).

6 - Im August und September 2003 legten TransportarbeiterInnen in Basra ihre Arbeit nieder und forderten auf einem Protestmarsch die Versorgung mit Gas, Wasser und Strom. Als britische SoldatInnen den Demonstrationen stoppen wollten, kam es zu einer Massenschlägerei und es folgten drei Tage Aufruhr in der Stadt.

7 - Arbeiterräte und Gewerkschaften gibt es mittlerweile in fast allen Betrieben.

Italien: unter Druck

Am 26. Mai fanden erneut landesweite Polizeiaktionen in Italien statt. Ergebnis: 110 Hausdurchsuchungen und 10 Festnahmen.

Eine Aktion auf Ersuchen eines Staatsanwalts von Bologna, wobei es um die Verfolgung der „Informellen Anarchistischen Föderation“ (FAIn; siehe *Feierabend!* #11) ging. Sieben Inhaftierten wird nun die Bildung einer terroristischen Vereinigung und „subversive Propaganda“ vorgeworfen. Die zweite Aktion ging auf einen Staatsanwalt in Rom zurück, der u.a. wegen eines Brandanschlags auf ein Gericht im Januar 2004 ermittelt. Allen fünf Arretierten wird die Bildung einer „bewaffneten Bande“ vorgeworfen.

Innenminister Pisanu warnte wiederum vor „den Anarcho-Insurrektionalisten“, die man „nicht unterschätzen“ dürfe. Und das tut er auch nicht: allein seit 12. Mai gab es 190 Durchsuchungen und 22 Festnahmen – 13 befinden sich im Knast, neun stehen unter Hausarrest. Außerdem befinden sich seit 2004 noch andere AnarchistInnen in Haft.

A.E./a.infos

Griechenland: Gewerkschaften holen den 1. Mai nach

Ein landesweiter Streik hat am Mittwoch, den 11. Mai in Griechenland den öffentlichen Verkehr weitgehend lahmgelegt. Beschäftigte auf Flughäfen, bei der Eisenbahn sowie im Schiffsverkehr legten die Arbeit nieder – 90% der Inlandsflüge wurden gestrichen, auf Athener Boden stand fast der gesamte Verkehr still und

Tausende gingen nicht zur Arbeit, Schulen blieben geschlossen, und in den Krankenhäusern wurde nur ein Notbetrieb aufrecht erhalten. Der Streik diente als Ausgleich für den entgangenen Feiertag, argumentieren sie, da der 1. Mai dieses Jahr auf einen ohnehin arbeitsfreien Sonntag, gefallen war.

A.E.

Polen: Zuckersüße Anarchisten

Am 12. Juni fand in Warschau die alljährliche Gay-Parade statt – wie 2004 sind die homosexuellen AktivistInnen dabei aber auch 2005 auf Probleme gestoßen. Der Bürgermeister und sein Stellvertreter, Kaczynski und Urbanski, hatten die Demonstration im vergangenen Jahr verboten, die vor ihrer Amtszeit ohne Zwischenfälle stattgefunden hatte. Sie rückten auch jüngst nicht von ihrer blindwütigen Schwulenfeindlichkeit ab und bezeichneten Homosexuelle als „Unkraut“ und „krankhafte Abnormalität“.

Dem Aufruf folgten, nach Angaben der Anarchistischen Föderation (FA), trotz staatlichen Verbots etwa 2.500 Menschen.

Die Demo hatte sich außerdem immer wieder mit Blockadeversuchen und Angriffen angereicherter Faschisten auseinandersetzen. Neben Eiern, warfen Anhänger der Jugendorganisation der Polnischen Familienliga auch einige Steine, so dass zwei Frauen ins Krankenhaus mussten.

Nach der Gay-Parade tauchte Urbanski auf dem Platz auf, und bekam von subversiven Militanten der FA eine Sahnetorte ins Gesicht (Pie-smashing). Zwei Anarchisten wurden verhaftet, aber noch am selben Tag wieder freigelassen. In einer Presseerklärung riefen sie die Tortenwerfer aller Welt auf, Kaczynski & Konsorten überall auf diese „süße“ Weise zu grüßen. A.E./a.infos

Hacia La Esperanza

Richtung Hoffnung



Am 28. Mai veranstaltete die Gruppe L.U.S.T. in der Gieselerstrasse einen Chiapas-Soli-Abend, an dem u.a. ein Vortrag der Gruppe B.A.S.T.A. aus Münster über die dortige Situation informierte. Die eingenommen Spenden von ca. 200 Euro gehen an Bürgerkriegsflüchtlinge im autonomen zapatistischen Landkreis Polhó, die nicht mehr vom Roten Kreuz versorgt werden, aber auch nicht auf ihre Felder zurück können. Das Interview wurde im Anschluss per E-mail geführt und gibt die persönlichen Antworten eines B.A.S.T.A.-Aktivisten wieder.

FA!: 10 Jahre Gruppe B.A.S.T.A. – Wo seid ihr heute sicher und wo nicht?

Luz: Wir sind uns bei vielen Dingen überhaupt nicht sicher – wir haben mehr Fragen als Antworten... Wo es so etwas wie „Sicherheiten“ gibt, das sind die Sachen, die wir ablehnen. Das umfasst alle Formen von Ausbeutung, Ausgrenzung, Bevormundung und Unterdrückung. Leicht gesagt, aber wir maßen uns nicht an, für andere zu sprechen und ihnen sagen zu können, was gut für sie ist. (..) Als wir uns vor 10 Jahren gegründet haben, um gemeinsam ein Hintergrundwissen zum Aufstand der Zapatistas in Chiapas/Mexiko zu erarbeiten, kamen wir alle schon aus außerparlamentarischen linken Kreisen: Autonome, Punks, PazifistInnen und Umweltbewegte. Wir hatten von Anfang an einen pro-feministischen und libertären Anspruch, der uns viel bedeutet – ob wir das erreichen, ist natürlich fraglich (..) Unsere Arbeit in den 10 Jahren besteht aus zwei Säulen: einerseits die konkrete Unterstützung der zapatistischen Rebellion in Chiapas gegen Ausbeutung, Marginalisierung und Gewalt. Viel wichtiger ist uns dabei allerdings die Tatsache, dass die Compañeras und Compañeros für etwas kämpfen: für eine Welt, in der viele Welten Platz haben, wie sie es sagen. (..)

In der Praxis fahren wir u.a. als MenschenrechtsbeobachterInnen nach Chiapas. Dies war 1997 eine Idee der von Militarisierung und Aufstandsbekämpfung betroffenen Gemeinden, keine Initiative von „wohltätigen“ Menschen aus der ersten Welt. (..) Außerdem schreiben wir Berichte, sammeln Spenden und organisieren Protestaktionen, die z.B. auf unserer Homepage dokumentiert werden. Die zweite Säule umfasst Widerstandsaktionen hier. Denn schon 1994 äußerte die EZLN, dass die bestmögliche Solidarität der Kampf gegen jede Unterdrückung im eigenen Umfeld sei. Das Kon-

zept, das die EZLN sicher nicht erfunden, sondern vielleicht ausgeweitet hat, bedeutet also, dass es keine Hierarchisierung zwischen den verschiedenen emanzipatorischen Kämpfen gibt: der Guerillero im Drittweltland ist also nicht „cooler“ als die Hausfrau, die sich gegen ihre Scheißsituation wehrt, oder als der Schwule, der keinen Bock mehr auf Diskriminierung hat. (..)

FA!: Wie wird in Mexiko versucht, neoliberalen Interessen und Projekten, wie dem Plan Puebla Panamá (PPP), entgegen zu wirken?

Luz: Der Widerstand basiert auf regionalen (und einem supranationalen) Netzwerken verschiedener Gruppen, die ganz klar gegen die neoliberalen Zumutungen sind und sich zum Teil auf einem hohen organisatorischen Niveau bewegen, d.h. sie richten sich im Alltag dagegen. Zunächst einmal versuchen diejenigen, die Zugang zu Informationen und Medien haben, eine kritische Gegenöffentlichkeit aufzubauen. Das übernehmen oft linke Organisationen, bei denen auch Studierende teilnehmen. (..)

Doch oft müssen gerade die Menschen in den ländlichen Gemeinden die alltägliche Situation ertragen. Sie organisieren Blockaden, verweigern „Hilfslieferungen“ und „Entwicklungsprojekte“, sie besetzen Ländereien, sie demonstrieren, sie machen Fiestas. Von krassen Sabotage-Aktionen mussten sie bisher keinen Gebrauch machen. (..) Was es durchaus gab, war die Lahmlegung oder das Zurückbringen von Baggern und anderen Baumaschinen, die Zerstörung bedeuten. Parallel dazu wird eine massive Öffentlichkeitsarbeit nach „außen“ betrieben, auch international. (..) Die EZLN selbst hat gesagt, dass die Realisierung des PPP in ihren Einflusszonen für die Herrschenden einem „Gang durch die Hölle“ gleichkommen würde. Bisher haben sie meist Wort ge-

halten...

Nichtsdestotrotz wird der PPP weiter vorangetrieben, teilweise agieren die Regierungen sehr geschickt und verschleiern die einzelnen Teilprojekte, wie z.B. Elektrifizierung und Straßenbau als lokale, gut gemeinte Hilfsmaßnahmen. Insgesamt geht es beim PPP aber darum, Südamerika und Zentralamerika weiter für einen radikalen Kapitalismus zu erschließen und die Regionen ausbeutbar zu machen, die bisher nur schwer zugänglich waren. Es wird Staudämme, Billiglohnfabriken, kostenpflichtige Privatstraßen, industrielle Garnelenzucht und Monokulturen geben, was zu massiver Umweltzerstörung und zu Auflösungserscheinungen in den indigenen und ländlichen Gemeinden führen wird. Die Bevölkerungsmehrheit wird hauptsächlich Nachteile erfahren, daher geht ihr Widerstand weiter.

FA!: Was kannst du zu den Nationalismus-, bzw. Militarismus-Vorwürfen gegen die Zapatistas sagen?

Luz: Beim Hören des Namens „Zapatistische Armee zur nationalen Befreiung“ werden wir in Europa, besonders in Deutschland, zu Recht hellhörig. Allerdings kann mensch den Begriff „national“ nicht einfach von „hier“ nach „dort“ übersetzen. Die europäischen Staaten haben eine imperialistische Geschichte, Mexiko und viele andere eine kolonialistische. (..) Das Land hat meist Territorium verloren und im militärischen Sinne keinen aggressiv-expansiven Nationalismus ausgeübt. Der mexikanische Staat hat aber stets ein nationalistisches „Gebräu“ benutzt, um eine scheinbare „Einheit“ aller MexikanerInnen zwischen allen Klassen und „inneren“ Grenzen zu manifestieren, obwohl er gleichzeitig die Armen, Indígenas, Frauen, Homosexuellen und „Anderen“ ausgeschlossen hat. (..) Die Zapatistas als größte antirassistische Bewegung Mexikos haben mit ihrem „Nationalismus“ zunächst einmal auf eine Inklusion beharrt. „Wir“ kennen Nationalismus immer nur als ausschließend. Die zapatistische Bewegung besteht zu über 90 Prozent aus Indígenas verschiedener Sprachgruppen. Sie waren immer die Allerletzten auf der Agenda des Staates und verlangen

nun eine Einbeziehung unter Respektierung ihrer Unterschiede. Sie fordern übrigens die Respektierung aller Marginalisierten!

Sie schlagen die Selbstorganisation der Menschen in allen Bereichen vor: Familien, Straßenzüge, Stadtteile, Betriebe, Fabriken, Schulen, Universitäten, Landwirtschaft etc. Dies würde im europäisch verstehbaren Sinne eine Art Räterepublik ergeben – ein totaler Gegensatz zu einem herkömmlichen Nationalstaat. Das meinen sie ernst. Aber vor allem sagen sie: „wir gehen erst los, wir wissen noch nicht genau, was kommt, lasst uns gemeinsam sehen!“ Für linke EuropäerInnen ist der Bezug der EZLN auf die Nation eine harte Nuss. Für uns auch! Aber im Vorschlag der EZLN würde die „Verteidigung der Nation“ vor allem einige staatliche Kontrollmöglichkeiten gegenüber dem globalisierten Markt bedeuten. Innerhalb des Staates würden wir, wenn es denn jemals soweit käme, eine nie gekannte Dezentralisierung und Demokratisierung – eben ein Räte-system – vorfinden. Hier finden sich die inneren Widersprüche zwischen indigenen Traditionen, anarchistisch-sozialistischen Konzepten und dem Bezug auf den Staat. Von Anfang an haben die Zapatistas außerdem global gedacht und schlagen eine „Internationale der Hoffnung“ vor, ein Netzwerk von autonomen Bewegungen, die sich global gleichberechtigt und ohne Zentrale zusammenschließen, ohne ihre Eigenständigkeit zu verlieren. 1996 gab es ein Treffen mit über 3.000 Menschen aus rund 40 Staaten im Aufstandsgebiet. Daraufhin entstanden viele Bewegungen, viele zerstrittene linke Sekten haben danach erstmals wieder miteinander geredet und sich z.T. neu organisiert. Zusammengefasst: im europäischen Sinne ist die EZLN nicht nationalistisch.

Eine Anmerkung noch: der Begriff „pueblo“, der hier mit „Volk“ übersetzt wird, bedeutet dort eben nicht eine völkische Einheit, die bei über 50 Sprach- und Kulturgruppen eh absurd wäre, sondern bezeichnet das gesellschaftliche Unten.

Zu Militarismus kann ich sagen, dass die EZLN auf Wunsch der Unterstützungsbasen existiert, die seit Jahrzehnten unter extremer Gewalt leiden. Es gibt keinen Rechtsstaat, alle friedfertigen Aktivitäten wurden mit Mord und Folter beantwortet. Aus dem

winzigen Kern städtischer Guerilla-Kader entstand dann in einem zehnjährigen Prozess diese besondere Organisation einer basisdemokratisch organisierten Guerilla. Innerhalb der Guerilla geht es natürlich militärisch zu. Es ist bestimmt kein „Spaß“, in der Truppe involviert zu sein, es gibt einen gewissen Drill wie in militärischen Organisationen und das Leben in den Bergen ist hart und ungesund. Aber die Leute wollen es. Sie erhalten dort viel Bildung und der Grad an Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern ist dort höher als in den Dörfern. Die EZLN hat übrigens kaum Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen erhalten, nur im Januar 94, als Menschen vor ihr flüchteten. Die EZLN baut keine Drogen an und führt auch keine Zwangsrekrutierungen durch. Im Moment machen sie vor allem Radio, was sehr gut bei der Bevölkerung, auch bei Nichtzapatistas, ankommt. Natürlich sind militärische Verbände trotzdem immer äußerst kritisch zu beobachten. Sie sagen jedoch: „Wir sind Soldaten, damit es eines Tages nicht mehr nötig ist, dass es Soldaten gibt“.

FA!: Inwiefern kann die zapatistische Bewegung auch als libertäre gesehen werden?

Luz: Libertäre Aspekte sind vor allem in der Organisation der Gemeinden zu finden: Wichtige Entscheidungen werden auf Vollversammlungen getroffen. Wer dort eine Funktion innehat, kann jederzeit abgesetzt werden, wenn er oder sie die Arbeit nicht zur Zufriedenheit der Betroffenen macht. D.h., dass Funktionen vor allem eine Last, ein Dienst an der Allgemeinheit sind und außer Respekt keine materiellen Privilegien mit sich bringen. Die zapatistischen Gemeinden praktizieren über die Gemeinderäte, die autonomen Landkreise und die fünf politisch-organisatorischen Zentren, die „caracoles“ (Schneckenhäuser), in denen die „Juntas (Räte) der Guten Regierung“ arbeiten, eine reale Selbstverwaltung. Vor allem im Bereich der Bildung und der Gesundheitsversorgung haben sie beachtliche Fortschritte gemacht. Ein zweiter Punkt ist, dass sie die Macht nicht dominieren wollen. Sie kämpfen für eine basisdemokratische Gesellschaft, in der sie nur Teil, aber nicht Avantgarde sind. Ein dritter Aspekt ist das Motto „preguntando cami-

nos“, „fragend gehen wir voran“.

Dies bedeutet, dass sie nicht sagen, „wir-haben-hier-eine-Bibel-von-unserem-Oberguru, wenn-alle-die-lesen-und-befolgen-wird-die-Menschheit-glückselig-werden“, (..) d.h. die Praxis bestimmt die Theorie.

Andererseits gibt es viele Dinge, die nicht anarchistisch sind: der Bezug auf die ökonomischen Regulationsaufgaben des Staates z.B. Selbstverständlich ist ihre Guerilla, die seit Mitte Januar 1994 nicht mehr gekämpft hat, aber noch existiert, intern keineswegs libertär. (..) Sie steht im Hintergrund bereit, um die Gemeinden im Extremfall zu verteidigen und sie hat bisher immer die politischen Entscheidungen der Dörfer respektiert. Auf Gemeindeebene halten wir die Frage der Gleichberechtigung von Frauen und Männern noch für unbedingt verbesserungswürdig. Allerdings sollte gesagt werden, dass die EZLN das selbst öffentlich angeprangert hat und stark an einer Verbesserung arbeitet.

FA!: Was hast du aus deinen Erfahrungen in Mexiko für Widerstand und Emanzipation hier gelernt?

Luz: Beeindruckend ist die Offenheit der Bewegungen und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Wenn sie Flugblätter schreiben, sind sie viel besser verständlich als hier, vielmehr am Alltag der Menschen orientiert. (..) Vor allem die indigenen Organisationen sind stark verankert. Vielleicht können wir von dort lernen, dass der Kampf um Emanzipation unser ganzes Leben dauert, wahrscheinlich mehrere Generationen. (..) Viele Leute, die in Europa die obercoolen Autonomen sind, sind nach fünf Jahren wieder weg und führen ein völlig angepasstes Leben. (..)

Dennoch finden wir längst nicht alles, was die Zapatistas machen oder sagen „super“, wir begleiten sie kritisch-solidarisch! Wir können ihr Projekt nicht einfach nach hier übertragen, das wäre absurd.

Luz (? : clara)

www.gruppe-basta.de

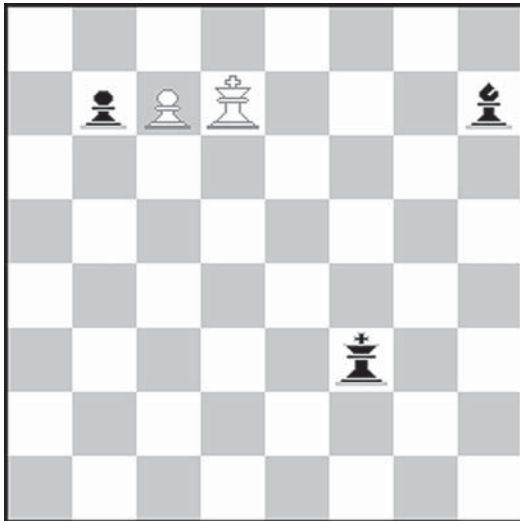
www.chiapas.ch

www.cafe-libertad.de

In der Libelle-Bibliothek, gibt's einen Interviewband von M. Durán de Huerta: „Yo Marcos.“ Kostenlos zu entleihen.

Schachtüftelei

Diesmal eine Denknuss der Brüder Saritschew von 1928, deren Lösung immer wieder fasziniert hat. Weiß erreicht auf Umwegen noch ein Remis.



Lösung *Feierabend!* #17

Typisches Opfermatt, bei dem beiden Seiten keine Wahl bleibt. Weiß kann sich mit einem doppelten Figurenopfer noch zum Sieg retten. Um dem drohenden Matt zu entgehen muß Weiß Schach bieten (Sg3-h5). Einzige Möglichkeit für Schwarz ist Th7xh5. Weiß antwortet mit dem nächsten Opfer: Tg1xg6 (Kf6xg6). Zwar ist Weiß jetzt vom Material her stark unterlegen, aber mit dem verbliebenen, weißen Turm (Te1-e6) steht Schwarz unausweichlich Schachmatt.

Abgeschnappt

Deutsche Sprache ist nicht schwer:
Nazis raus – Arbeit her
 Gesicht und Courage, nur Zähne nie:
Das Volk für One family
 Nicht nur das Tier hat ein Revier:
Wir sind friedlich – Was seid ihr
 Gas und Knüppel zum Schutze des Mobs:
Ein-Euro-Jobs nur für Cops



9. anarchistisches sommercamp
 [30. juli - 7. august 2005 auf Burg Lutter]

herrschaftsfreiheit leben
 wir wollen anarchistische theorie und praxis miteinander verbinden und zusammen einen spaßigen urlaub verbringen. das camp soll die möglichkeit bieten, zu überlegen und auszuprobieren, wie wir leben wollen. grundsätzlich soll sich mit herrschaftsverhältnissen und ihren auswirkungen in und um uns auseinandergesetzt werden.

selbstorganisierte vielfalt
 die workshops werden von den teilnehmenden des camps selbst vorbereitet - nur so entsteht die gewohnte vielfalt des a-camps.

wir wollen auch die durchführung des camps selbst als inhalt begreifen: gemeinsam kochen, werkeln, mit kindern leben, konstruktiv mit internen konflikten umgehen, diskutieren, uns vernetzen, feste feiern, ...

info: www.acamp.tk

Wir haben euch was mitgebracht: Abitur
 Besser ist 'ne Antifa-Kultur.
 Dafür ein einend Sch(t)reit-Gebet:
Hoch die antinationale Solidarität

Lieber ein Geschwür am After als ein deutscher Burschenschaftler
Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut
 Kein Wunder wenn das nicht hinhaut:
Sie sagen Kürzen – Wir sagen kämpfen
 Auf Kürzen reimt sich aber nur Stürzen

Sagen sie Kürzen – sagen wir Stürzen
Kürzen – Stürzen
Kürzen – Stürzen
 Anti Anti Anti - Fa Fa Fa
Gute Nacht weiße Pracht
 -c u later- Liebesverräter! (clara)

Prinzip Hoffnung

Ein Lichtlein geht mir auf,
 es stößt mich an
 und hin, wo Dunkel mir das Sehen wehrte.

Ich laß mich ein
 und treib dahin,
 im Schenkelritt dem leuchtend Strahle folgend.

In tiefster Schwärze jetzt Konturen bricht,
 das Licht vom trägen Augenblick,
 in alle Richtung streckt es sich.

Das leuchtend Gleiß verheißt mir weit,
 den Weg, im Blick das Unbekannte
 faß ich den Mut zur Tat und geh voran.

So schreite ich auf lichten Pfaden fort,
 Und lauf nicht falsch,
 den wahren Schein im Herz geborgen.

Ich trag das Lichtlein vor mir her,
 zu leuchten Dir, im hoffend Flügelschritt,
 die Wegesränder abgegraben.

Es brennt das Lichtlein jetzt
 ganz durch und durch,
 millionenfach zersplittert Mut in mir,
 und pflanzt sich fort in alle Herzen.

(clov)



Preisrätsel?

Wer mir sagen kann, wer auf Seite 8 Gitarre spielt und den Namen an feierabendle@web.de sendet, den lade ich auf ein antifaschistisches Konzert nach Wahl im Eiskeller ein! RABE

+++last minute+++ 2. BEUGEHÄFTLING im Magdeburger Verfahren. Am 14. 6. 2005 wurde ein zweiter Zeuge im Revisionsverfahren, zum sog. „Magdeburger Terrorverfahren“ in Beugehaft genommen. Vor 1½ Jahren urteilte der 1. Senat des OLG Naumburg gegen drei nach §129a Angeklagte antifaschistische Internationalisten: 2½ Jahre ohne Bewährung & sämtliche Verfahrenskosten für Marco, 2 Jahre ohne Bewährung für Daniel & Freispruch für Carsten. Ihnen wurde & wird vorgeworfen mit Anderen Brandanschläge gegen das Magdeburger LKA-Gebäude, einen BGS-Mannschaftswagen, ein Autohaus & gegen Fahrzeuge der deutschen Telekom begangen zu haben. Es bekannten sich verschiedene militante Gruppen, deren Ursprung in der linksradikalen Gruppe Autonomer Zusammenschluss [Magdeburg] gelegen haben soll. Im Revisionsverfahren, bei dem der §129a fallen gelassen werden mußte und Carsten als Zeuge geladen war, begründete dieser seine Aussageverweigerung mit dem §55 (Selbstbelastung). Richter Braun ignorierte dies und verurteilte Carsten zu 500 Euro und Beugehaft bis zum Ende des laufenden Verfahrens ohne erneute Anhörung. Infos: www.soligruppe.de

Feierabend! gibt's auch im ABOnnement.

3 Ausgaben für 5 Euro
Auch ältere Ausgaben sind teilweise noch erhältlich

Kontakt:

Feierabend! • Biedermannstr.20 • 04277 Leipzig
feierabendle@web.de • www.feierabend.net.tc

Einsendeschluß für #19: 31.7.2005

Eutritzsich
Bistro Kale wittenberger str. 56
Buchhandlung Baier delitzscher str. 4

Reudnitz
Bistro Pascha wurzener str. 7
Jazz-Café-Lounge täubchenweg 70
Preseshop Dipetos Store riebeckstr. 6

Lindenau/Schleussig
Besser Leben holbeinstr. 2
Schlechtes Versteck könneritzstr. 32
Café Westen demmeringstr. 32
Heidis Dienstleistungszentrum könneritzstr. 18
Lebensart Naturkost könneritzstr. 49
Presse-SERVICE-Shop nonnenstr. 17 (elsterpark)
Afro-Club Tulamash nonnenstr. 17 (elsterpark)

Zentrum
Beyerhaus ernst-schneller-str. 6
Bistro Al Safa leplay-str. 3
Connewitzer Verlagsbuchhandlung specks hof
Eine-Welt-Laden burgstr. 3
Klee Naturkost friedrich-ebert-str. 33
Libertäres Zentrum Libelle kolonnadenstr. 19
Uni Imbiss im hōrsaalgebäude am augustusplatz

Umland
„Konsum“ Eisenberg fabrikstr. 24
Buchladen König Kurt Dresden leonhard-str. 39
Stadtteilladen Dresden rudolfstr. 7

Südvorstadt
Bistro El Amir südplatz
Späti Esperantos Katzer schenkendorff str. 20
Imbiss Shahia karl-liebnecht-str. 88

Connewitz
Café Similde simildenstr. 9
Buchhandlung el libro bornaische str. 3d
Frau Krause simildenstr. 8
Bistro Delal connewitzer kreuz

Stötteritz
Die Scheune oberdorfstr. 15
Harkan Bistro herrmannstr. 24
Mandragora papiermühlenstr. 22a
Zeitkaufhaus breslauer str. 2

think
pink

Inhalt

Lokales

Zwischen Loyalität und Solidarität (Warnstreik der Lehrer) - 02
LVB bleibt sich treu: Preiserhöhung zum 1. August - 02
 ??? Oi meeting - 02
 ??? Saturn - 04
Leipzig im Höhenflug (zur „Logistikregion“) - 04
Karneval der Demokraten (zur neuen Linkspartei) - 04
CULDT-Camp 2005 in LE (im Rückspiegel) - 05
? Arbeit kann tödlich sein - besonders für Ausländer - 06
? Auge um Auge macht alle blind?! (Rückschau auf den 1. Mai) - 07

Bewegung

Non! Neel Nö! zur EU-Verfassung - 01
Eigentum ist Diebstahl (Berlin Umsonst) - 01
Proteststundenpläne im Sommersemester: Streik der Schmerzen - 12

NazisNixHier!

? Nazis everywhere? Wenn da nur Unrecht ist (in Jena) - 08
 NS-Verherrlichung stoppen (Wunsiedel) - 10
Standortnationalismus angreifen (NPD-Fest in Gera) - 10
Dresdensia Trallala (eine Burschenschaft und die NPD) - 10
Rechtsradikal macht Schule (NPD-Bildungswerk) - 11

Theorie & Praxis

Hand in Hand - Zur Selbstorganisation - 14

Nachbarn

It's going to be anarchy - G8-Gipfel in Schottland - 18
Wer erteilt wem eine Lektion? Schülerbewegung in Frankreich - 19
Tag der Solidarität - mit den Chefs? Gratis arbeiten in Paris - 20
 Alltag nach 25 Monaten Besetzung im Irak - 21
Griechenland: Gewerkschaften holen den 1. Mai nach - 23
Italien: Anarchos unter Druck (erneute Verhaftungswelle im Mai) - 23
Polen: Zuckerstüße Anarchisten (Durchsetzung der Gay-Parade in Warschau) - 23
 ??? Polen, Italien, Frankreich- 23
Hacia la esperanza - Interview mit der Chiapas-Soli-Gruppe BASTA - 24

etcetera

Kommentar: Gut, daß es die Verwaltung gibt - 01
Editorial - 02
Termine - 03
Lyrik & Schach - 26
Verkaufsstellen & Kontakt - 27

Feierabend!

TITEL
bild in
pink